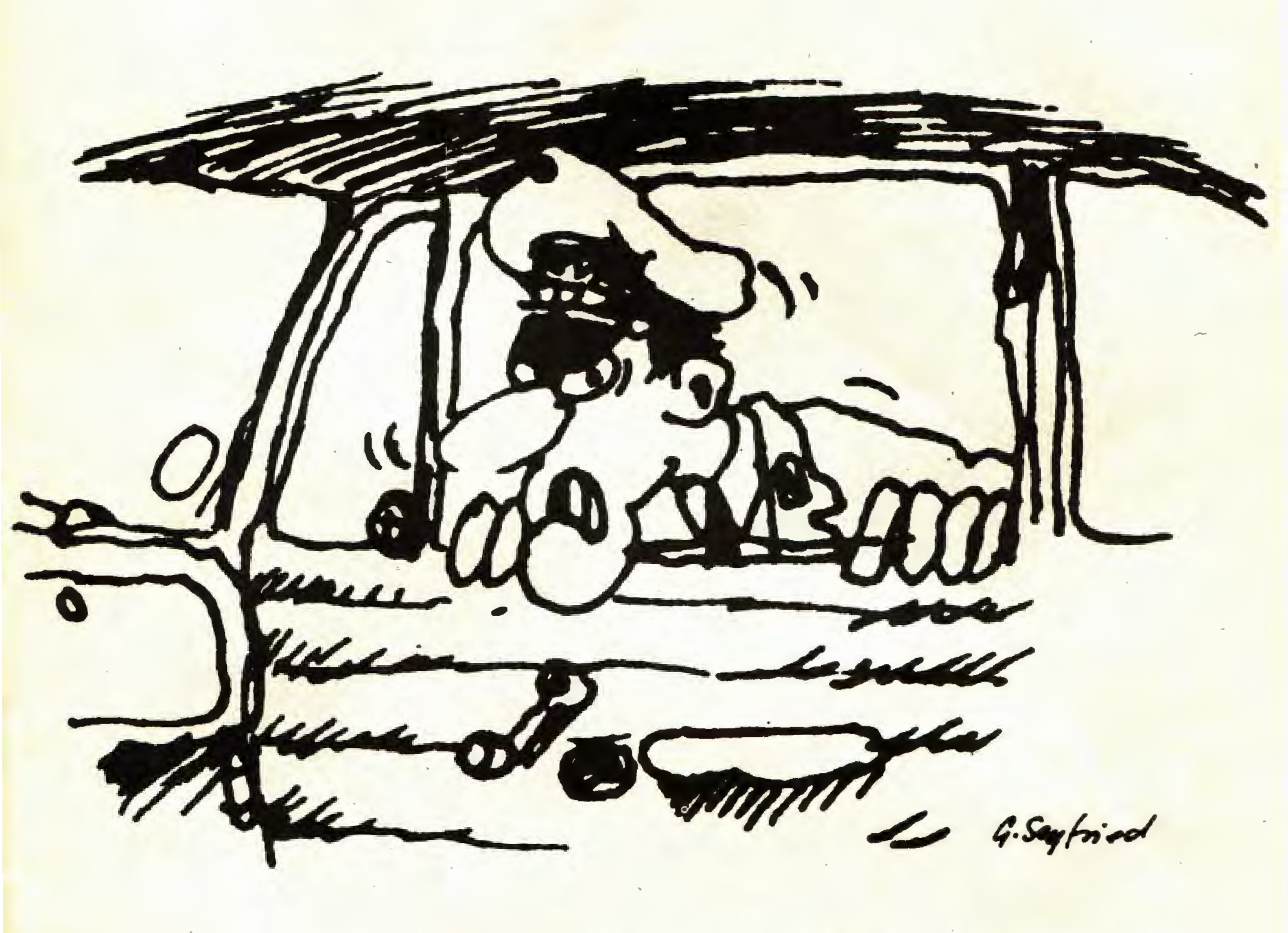
ZECK

das info aus der flora

märz 1998 | Nr. 67



HIER STIMMT DOCH WAS NICHT

Vorwort: Die Stadt steht im Mittelpunkt

Das Jahr 1998 soll, so rief es Bundesabschiebe- und Innenminister Kanther seinen Kameraden aus den Bundesländern zu, zum Sicherheitsjahr werden. Diese nickten, egal welcher coleur, hocherfreut und gingen auf der Innenministerkonfrenz Anfang Februar dann auch gleich an Werk. Gerade die Landesfürsten wollen sich in Zukunft nicht mehr „laissez-faire" in Sachen Innerer Sicherheit vorhalten lassen, sondern den Buhmann auf Bundesebene suchen. So protzte denn auch der Vorsitzende der Innenministerkonferenz Zuber (Rheinland-Pfalz/SPD) sein Land habe, ebenso wie Schleswig-Holstein, schon längst kriminalpräventive Räte in den Kommunen organisiert, die Aktion „sichere und saubere Innenstädte" ins Leben gerufen und eine „Leitstelle Kriminalprävention" aufgestellt. Hingegen sei es doch Kanther, der an der Ostgrenze immer noch nicht genug tue, um das „Einsickern rumänischer Räuberbanden" zu verhindern. (alle Zitate FR vom 2.2.98)
Ein Sicherheitsnetz soll die gesamte Republik umspannen und alle dürfen dabei sein. „Aggressives Betteln, Lärmen und Verunreinigungen" so der gemeinsam gefaßte Beschluß, seien die Delikte, die es zukünftig verstärkt zu bekämpfen gelte. „Sicherheitspartnerschaften" sollen für eine Vernetzung von Polizei und örtlichen Gemeinden sorgen, Bürger, denen das nicht reicht, sollen „Sicherheitsinitiativen" - so der euphemistische Ausdruck für die zu etablierenden Bürgerwehren - gründen. Daneben wurde auch gleich die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Haftplätzen beschlossen und, mal so eben im Handumdrehen, vereinbart, auf Heranwachsende zwischen 18 und 21 Jahren, für die bisher zumeist Jugendstrafrecht zur Anwendung kam, verstärkt Erwachsenenstrafrecht anzuwenden sowie wieder vermehrt geschlossene Heime für Kinder einzuführen.
Daß derartige Szenarien nicht nur bloße Floskeln sind, davon konnte sich jedeR in den letzten Monaten ein Bild machen. So tobt auch im Schanzenviertel seit geraumer Zeit der Vertreibungskrieg gegen KonsumentInnen illegaler Drogen und ihre HändlerInnen. Seit dem 14. Februar nahm die örtliche Polizei auch den unter der Flora eingerichteten „Freiluft-Druckraum" in Angriff und will mittels Platzverweisen die dortige Szene zerschlagen, Abgriffe, Abschiebungen und Mißhandlungen von Leuten afrikanischer Herkunft sind an der Tagesordnung.
Und so steht auch die derzeitige Stadt- und Sicherheitspolitik mal wider im Mittelpunkt der vorliegenden Zeck.

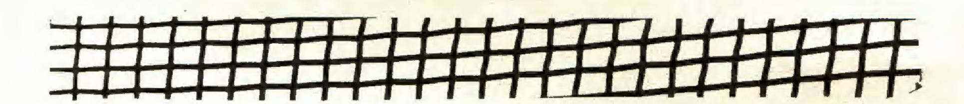
Die red.

P.S.: Eine ganz ganz große ENTSCHULDIGUNG an unsere AbonentInnen. Weil wir jeder Zeck das Faltblatt der Flora zur „Drogenproblematik" beigelegt hatten, entsprachen die Sendungen nicht mehr den Bedingungen für „Büchersendungen". Ihr mußtet Strafporto bezahlen, bzw. ein Teil der Briefe kam wieder zurück. Wir haben keinen Überblick, welche Sendungen schlußendlich wieder zurückgeschickt wurden, alle von denen wir es wissen schicken wir mit der März- auch die Februar-Zeck zu.
Wird nicht wieder vorkommen, sorry!

Inhalt

Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Infoläden und VerteilerInnen bezahlen lediglich die Portokosten von 1.50 (für 1-3 Exemplare), bzw. 2.50 bei 10 Exemplaren. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P: P. Meyer; Bernadottestr.38 22765 Hamburg



Besatzungstruppen in der Brigittenstraße

Am 5. Februar 98 wurden zwei Wohnungen in Hamburg (davon eine in dem Projekt Brigittenstraße 5) und eine Wohnung in Köln sowie die Bürogemeinschaft des Rechtshilfevereins AZADI und der Informationsstelle Kurdistan durchsucht. Grund der Razzien ist ein Ermittlungsverfahren gegen zwei InternationalistInnen, die in den Strukturen der Informationsstelle Kurdistan und der Kurdistan Solidarität organisiert sind und arbeiten. Nach einem längeren Aufenthalt in Kurdistan sind beide erst vor wenigen Wochen in die BRD zurückgekehrt. In den Durchsuchungsbeschlüssen der Bundesanwaltschaft (BAW) heißt es, daß es nach ihren Ermittlungen eine Gruppe gäbe, „die sich als Nachfolgeorganisation der RAF" verstehe. Die „Beschuldigten und andere" würden sich an einer „terroristischen Vereinigung beteiligen, deren Strategie sich am Vorbild der PKK orientiert". In den Wohnungen wurden persönliche Sachen wie Computer, Software, Fotomaterial und Aufzeichnungen beschlagnahmt. Die beiden InternationalistInnen wurden vorübergehend zur erkennungsdienstlichen Behandlung auf den örtlichen Polizeipräsidien in Hamburg und Köln festgehalten.
Die BAW begründet das Ermittlungsverfahren mit der wegen angeblicher Beteiligung am Sprengstoffanschlag der RAF auf den Knast Weiterstadt (1992) gesuchten Andrea Wolf, die um sich „eine terroristische Vereinigung gebildet" habe. Aus einem Fernsehinterview vom April '97, das der kurdische Fernsehsender MED-TV im Frühsommer 97 ausstrahlte, geht hervor, daß Andrea Wolf sich bei der kurdischen Guerilla aufhält. In der Interim vom 21.8.97 schreibt Andrea in einem Brief: „(...) von der PKK zu lernen heißt für mich, von Menschen zu lernen, die einen anderen kulturellen, historischen aber auch ökonomischen Hintergrund haben, und die in den letzten zehn Jahren sehr viele Fortschritte in ihrem Kampf erzielt haben (...) ich werde meine Verantwortung nach besten Kräften wahrnehmen, das, was ich in Kurdistan mit eigenen Augen sehe, erlebe und lerne den Menschen zu Hause mitzuteilen und einfließen zu lassen in unseren Kampf um eine gerechte und menschenwürdige Zukunft."

Kein Atommüll in Ahaus!

Wann kommt der Castor?
Die Informationen haben sich verdichtet, daß der Castor in der 4. Märzwoche, also am oder ab Montag, d. 23.3. rollen soll. Urlaubssperren bei zahlreichen Polizeieinheiten und die Absage von Bundesliga-Fußballspielen weisen darauf hin. Voraussichtlich ab Freitag dem 20.3. werden rund 20.000 PolizistInnen zum Einsatz kommen.
Zwar ist der Transport - sogar in den Augen der rot-grünen Landesregierung in NRW - nicht notwendig und nur eine Provokation der AtomkraftgegnerInnen, trotzdem soll er offenbar mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Ein Transport nach Gorleben ist dagegen zumindest bis Ende Juni nicht mehr geplant, u.a. auch wegen der anstehenden Landtagswahlen in Niedersachsen. Statt dessen soll offenbar getestet werden, ob Castor-Transporte nach Ahaus sich unproblematischer durchführen lassen..

Planungen für den Widerstand:
Wenn es bei diesem zeitlichen Szenario bleibt, wird am Samstag, d. 21.3., die Auftaktkundgebung in Münster stattfinden. Im Anschluß daran kann und soll es dann nach Ahaus gehen, wo die Camps bezogen werden, nach gegenwärtigem Stand soll es derer acht geben.
Die Polizei plant, einen Gürtel von vermutlich 500 Meter beiderseits des BZA- *(isn das?, d.setzer)* Gleises zwischen Bahnhof Ahaus und BZA abzusperren. In diesem Fall könnten zwei Camps nicht bezogen werden, ein drittes wäre „in Gefahr".
Am Tag X wird es Demonstrationen und Behinderungsaktionen an (hoffentlich) vielen Stellen zwischen Neckarwestheim und Ahaus geben. Ca. 2000 Menschen haben öffentlich angekündigt, daß sie das BZA-Gleis in der Nähe des Ahauser Bahnhofs besetzen wollen.
Im Gegensatz zum Wendland kann der Transport direkt auf der Schiene ins Lager rollen. Laßt eure Phantasie spielen, wie der Transport zu blockieren ist, werdet subversiv!

(Infos aus dem Aufruf der BI „Kein Atommüll in Ahaus" e.V.)

18. März: Internationaler Tag der politischen Gefangenen

Mittwoch, 11.3.1989 20 Uhr, Brigittenstr. 5

Info Veranstaltung der Roten Hilfe, Hamburg zur neuen Praxis des polizeilichen Gewahrsams; Vorbeugehaft, Hauptverhandlungshaft usw.

Die geplante Demonstration in Göttingen am 14.3.98 für die Freiheit der politischen Gefangenen fällt aus.



Verspätete und abgefahrene Züge

Eine Rezension

»Das Ohr auf die Schiene der Geschichte des bewaffneten Kampfs in der BRD« ist der Titel einer gerade herausgekommenen Broschüre aus Stuttgart, die von linksradikaler Seite einen Beitrag zur Beschäftigung mit dem Deutschen Herbst leisten will.

Die Intention der VerfasserInnen ist es, der »Medienhetze« zum Deutschen Herbst 1977 »etwas entgegenzusetzen«. Dazu haben sie »diese Broschüre zur Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD erstellt und dabei versucht, diese möglichst umfassend darzustellen«. Die Darstellung besteht aus einer Chronologie der Ereignisse von 1968 bis heute, einzelnen, kurzen Artikeln zu Themen wie Guerilla, Palästina, Anti-AKW- und Startbahnbewegung und – und hierin liegt die Stärke der Broschüre – aus Interviews mit fünf »ZeitzeugInnen«, d.h. langjährigen AktivistInnen (vier Antiimps und ein Autonomer, so die Selbstbezeichnung der Interviewten).

Die Interviewten erzählen von ihrer Politisierung, ihrem bis Anfang/Mitte der 70er zurückreichenden politischen Engagement, ihren Beweggründen und einschneidenden Erlebnissen. Es geht den AutorInnen um »Geschichte von unten«, darum, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, daß sich die Geschichte des bewaffneten Kampfes nicht nur zwischen RAF, BAW und Krisenstab abgespielt hat. Allerdings zeigen die Interviews auch, wie sehr sich die damaligen AktivistInnen an eben jener »großen« Geschichte orientiert haben, wie wenig eigene Initiativen von den AktivistInnen ausgingen, deren Erzählungen sich – mit wenigen Ausnahmen – ausschließlich um Ereignisse, die ihren Ausgang außerhalb ihres direkten Einflußbereichs hatten, drehen: die diversen Hungerstreiks, die »Mai-Offensive«, 1977, die Beerdigung der vier StammheimerInnen, die Prozesse. Und selbst wenn sie über die Bedeutung des Frontkonzepts erzählen, verbleibt die Initiative bei der RAF.

Während der Wert der Interviews darin liegt, eine Perspektive auf die Geschichte zu eröffnen, die in der herrschenden Geschichtsschreibung meistens ausgespart bleibt, ist der Rest der Broschüre eine Enttäuschung.

Glaubt mensch der Chronologie, dann bestand die Geschichte des bewaffneten Kampfes aus einer Aneinanderreihung von Anschlägen, Verhaftungen und Demonstrationen. Hier reproduziert die Broschüre in verkürzter Form nur, was inzwischen in diversen Büchern und Broschüren besser dargestellt worden ist. Ärgerlich wird die Chronologie dort, wo politische Auseinandersetzungen jeweils nur als Kontroverse erwähnt werden, über den Hintergrund oder die vertretenen Positionen aber kaum ein Wort verloren wird. (So heißt es beispielsweise zur Erschießung des GIs Pimental lakonisch: »Die Aktion wird von großen Teilen der radikalen Linken stark kritisiert. Die Spalte zwischen Antiimps und Autonomen wird dadurch um einiges größer.« (S. 49/50)

Überhaupt fehlt den AutorInnen über weite Strecken eine Ahnung davon, daß das Scheitern der bewaffneten Politik à la RAF vielleicht auch den Fehlern der eigenen Politik geschuldet sein könnte. So schreiben sie zum Scheitern des Guerillakonzeptes: »Grund dafür [für die mangelnde Unterstützung] war sicherlich, daß die Reaktion der bekämpften Staaten nicht nur direkt repressiv war, sondern auch auf Propaganda und Massenpsychologie setzte.« (S. 13) Als ob es in den 70ern nicht eine breite innerlinke Debatte um die Möglichkeit und Sinnhaftigkeit des bewaffneten Kampfes gegeben hätte, in der die reformorientierte Mehrheit viele schlechte und auch einige gute Gründe gegen die Aufnahme eines bewaffneten Kampfes vertreten hatte, die zu einem Teil jedenfalls jenseits staatlicher »Propaganda und Massenpsychologie« lagen.

Die Reflexion der Gründe für das Scheitern antiimperialistischer Politik der 70er und 80er Jahre beschränkt sich weitgehend auf die Analyse staatlicher Repression. Oder es werden ganz allgemeine Gründe, wie »fehlende Vermittelbarkeit« oder »fehlender Basisbezug« oder ganz individuelle Gründe, wie: »nach und nach stellte sich heraus, daß diese militante Frontphase für viele eine Überforderung darstellte« (S. 51) genannt.

Meistens denken jedoch die HerausgeberInnen, daß eine eingehendere Auseinandersetzung mit den Brüchen und Widersprüchen der Bewegung »den Rahmen dieser Broschüre sprengen würde« (25); wie beispielsweise bei der Israel-Palästina-Debatte, von der die AutorInnen ironischerweise gleichwohl einräumen: »Allerdings ist dieser Punkt für die Aufarbeitung der Geschichte des bewaffneten Kampfes wichtig und darf nicht übergangen werden.« – Nur in der Broschüre war eben leider wieder mal kein Platz.

Vielleicht ist es auch so, daß wer die Geschichte als Schiene begreift, entweder die Weichen stellen will oder er oder sie muß dem längst abgefahrenen Zug hinterherschauen. Wenn Offensiven stecken bleiben – wie es die AutorInnen anläßlich des Scheiterns des Frontkonzepts so schön schreiben – liegt dies nicht nur an irgendwelchen subjektlosen falschen Weichenstellungen, sondern an der konkreten Politik konkreter Individuen und Bewegungen.

Bei aller Kritik ist die Broschüre dennoch ein interessanter Beitrag zur jüngeren Geschichte der radikalen Linken in der BRD. Wo sonst eher das große Schweigen die Szenerie beherrscht, ist es den HerausgeberInnen hoch anzurechnen, die ZeitzeugInnen der Basis zum Sprechen gebracht zu haben.

Finn

Bezugsquelle: Das Ohr an der Schiene der Geschichte ..., Broschüren-AG »Ohrwürmer«, c/o Infoladen, Mörikestraße 69, 70199 Stuttgart, Preis: 5,– DM

Wenn etwas nicht stimmt...

Am 14. November 1997 begann der Versuch der Hamburger Polizei, den Verkauf illegalisierter Drogen rund um die Rote Flora zu unterbinden. Damit wollte sie das Ergebnis ihrer eigenen Verdrängungspolitik am Hauptbahnhof, die zu einer Verlagerung der Dealerszene an den Sternschanzenpark führte und nach repressiven Maßnahmen wiederum zur Verlagerung rund um die Flora, korrigieren.
In den späten Nachmittagsstunden begannen zunächst Zivilfahnder direkt vor der Roten Flora mit einer Razzia gegen die dort stehenden schwarzafrikanischen Dealer. Und damit keine Illusionen darüber aufkommen konnten, was in den nächsten Tagen noch zu erwarten sein würde, bemühten sich die Beamten der Revierwache 16 um klare Verhältnisse. In den Abendstunden des 14.11. griffen sie auf dem Schulterblatt Alimang S. aus Sierra Leone ab, dessen Papiere dann auf der Wache überprüft werden sollten. In Wirklichkeit jedoch brachten die beiden Zivilfahnder ihn auf einen abgelegenen Teil des Schlachthofs, um ihn dort zusammenzuschlagen. Dabei sollte ein in den Mund gestopfter Lederhandschuh verhindern, daß ihr Opfer durch Rufe hätte auf sich aufmerksam machen können. Nachdem Alimang S. mit Verletzungen im Gesicht zurückgelassen wurde, begab er sich selbst noch zur Wache 16, um dort Anzeige zu erstatten. Die Zivilbeamten wähnten sich offenbar ihrerseits so sicher vor Konsequenzen für ihre Mißhandlungen, daß sie zu einem Zeitpunkt zur Wache zurückkehrten, als Alimang S. dort eine Anzeige zu Protokoll gab. Die beiden Beamten wurden dort von ihrem Opfer wiedererkannt. Das hatte zur Folge, daß das polizeiliche "Dezernat Interne Ermittlung" (DIE) angesichts dieser klaren Beschuldigungen in Aktion treten mußte. In der Vergangenheit ist die DIE vor allem dadurch in Erscheinung getreten, daß sie entweder bei konkreten Vorwürfen gegen Polizeibeamte angesichts schleppender Ermittlungen wie Hunde zur Jagd getragen werden mußten oder kurzerhand gegen die Opfer von Polizeigewalt ermittelte, um diese unglaubwürdig zu machen. Um so erdrückender müssen die Beweise gegen die beiden Zivilfahnder sein, denn seit Ende Januar sind sie vom Dienst suspendiert.
Allerdings vermittelt dieser Vorfall nur einen Eindruck dessen, was sich mutmaßlich seit einigen Monaten im Schanzenviertel abspielt: da werden schon mal DrogenkonsumentInnen durch Zivilbeamte in Hinterhöfe gedrängt und ihnen die Kehle zugedrückt, um sie zu Beschuldigungen gegen vermutete oder tatsächliche Dealer zu nötigen; oder - so in den Abendstunden des 24.2. geschehen - die Besatzung des Streifenwagens "Peter 16/2" verfolgt über 20 Minuten eine obdachlose Frau und bepöbelt die verängstigte Frau, sie habe den Stadtteil sofort zu verlassen. Im November 97 sollte es nur gegen die Dealerszene vor der Flora gehen, seit Februar diesen Jahres besteht ein Konzept, über Platzverweise DrogenkonsumentInnen vor der Flora zu vertreiben, und aktuell nehmen einzelne Beamte schonmal die Vertreibung weiterer polizeilich unerwünschter "Elemente" in die Hand.
Zu all dem Schweigen die verschiedenen RetterInnen des Stadtteils: sowohl die "Erste Hilfe Sternschanze", die "AnwohnerInneninitiative Florapark" oder besorgte Eltern des "BaSchu - Spielplatzes" haben offensichtlich ihre Betroffenheit über die Verhältnisse kurzfristig beiseite geschoben. Es scheint das stille Einverständnis mit einer polizeilichen Vertreibungspolitik zu bestehen, die zwar keine Lösungen bietet, aber die Dealer und KonsumentInnen immerhin dorthin verdrängt, wo sie von den aktuell sich gestört fühlenden Menschen nicht mehr wahrgenommen werden können, ohne daß sich wirklich etwas ändert. Selbst die Hamburger Polizei legt ihren Einsatzkonzepten nicht das Ziel zugrunde, den Verkauf von illegalisierten Drogen verhindern zu können.
Tatsächlich sind polizeiliche Maßnahmen Teil einer politischen Strategie der Zuweisung bzw. des Entzugs öffentlichen Raums für all jene gesellschaftlichen Gruppen/Minderheiten, die sich nicht in das Bild einer ordentlichen Stadt integrieren. Die polizeilichen Maßnahmen der "Drogenbekämpfung" im Schanzenviertel gegen Kleindealer / KonsumentInnen können die illegalisierten Geschäfte nicht unterbinden. Also soll der Verfolgungsdruck für Angehörige dieser polizeilich definierten Zielgruppe möglichst so hoch sein, daß sie ausweichen, sich dezentralisieren und unauffälliger die Geschäfte abwickeln. In der Konsequenz werden nicht konkrete illegalisierte Handlungen verfolgt, vielmehr wird für die Betroffenen ein allgemeiner Verfolgungsdruck aufgebaut, der sich gegen ihre psychische und physische Integrität wendet: Schikanen bei Kontrollen, Schläge/ Prügel, Beschimpfungen, Einschüchterungen. Die Polizei ist bestrebt, den Preis für jeden einzelnen am illegalisierten Drogenmarkt Beteiligten hoch zu treiben: und das mit Gewalt, im wahrsten Sinne des Wortes! Und an diesem Punkt ist es dann auch egal, ob jemand überhaupt etwas mit der Drogenszene zu tun hat oder nicht, dies entscheidet alleine die polizeiliche Definitionsmacht.
Im Falle des Alimang S. hat es gereicht, abends über das Schulterblatt zu gehen und schwarzer Hautfarbe zu sein: noch nicht einmal die DIE hat für die (Schutz-) Behauptung der beamteten Schläger, er habe mit Drogen gehandelt, einen Beleg gefunden (als wenn das die Mißhandlungen gerechtfertigt hätte). Und nachdem aus Kreisen der Wache 16 jüngst verlautete, mit den beiden suspendierten Beamten wären ja eigentlich die harmlosesten aus dem Verkehr gezogen worden, bekommt man eine Ahnung, wer sich da tagtäglich im Stadtteil herumtreibt....

der Kontaktbereichsautonome



Die Erosion des Sozialstaats und der Wandel der Stadt

Gefährliche Orte und unerwünschte Gruppen / Klaus Ronneberger über den Zusammenhang von postmoderner Entwicklung und »law-and-order«-Politik

Vor dem Hintergrund der Erosion des Sozialstaates und einer wachsenden Polarisierung vor allem in den Großstädten, wächst die Bereitschaft, bestimmte Gruppen und soziale Praktiken auszugrenzen. Klaus Ronneberger hat in einem Vortrag untersucht, wie moderne Stadtentwicklung und eine harte »law-and-order«-Politik zusammenhängen. Wir dokumentieren seinen Text in gekürzter Fassung. Der Autor war Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Frankfurter Institut für Sozialforschung und arbeitet jetzt als freier Publizist.

Seit den achtziger Jahren hat sich die ökonomische und soziale Realität in den Großstädten grundlegend verändert. Einerseits hat sich ein Netzwerk von sogenannten World- und Global-Cities herausgebildet, von welchen aus die weltweiten Kapitalkreisläufe und Produktionsprozesse gesteuert werden. Die Ansprüche der »headquarter economy«, des finanzindustriellen Komplexes und einer internationalen business class bestimmen nun zentrale Bereiche dieser Städte.

Andererseits stellen die Metropolen der hochindustrialisierten Länder nicht mehr die Zentren des Arbeitsplatzwachstums dar. Vielmehr kommt es mit der Krise des industriellen Sektors und der Verlagerung von Produktions- und Dienstleistungsfunktionen in die Peripherie zu einer Dualisierung des lokalen Arbeitsmarktes und einer verstärkten sozialräumlichen Polarisierung in den Großstädten. Zugleich intensiviert sich mit der verstärkten Ausrichtung der Städte zu Konsumlandschaften die ordnungspolitische Administration des öffentlichen Raumes, die sich vor allem gegen die Anwesenheit marginaler Gruppen an zentralen Orten und Plätzen richtet.

Mit den veränderten Standortanforderungen der transnationalen Unternehmen und der ökonomischen Krise verschärft sich auch die Rivalität zwischen den Metropolen, die miteinander um Wachstumspotentiale und Prosperitätseffekte konkurrieren. Der lokale Staat mutiert dabei von einer paternalistischen Institution der »Daseinsvorsorge« hin zum Unternehmen Stadt. Ein primäres Ziel städtischer Politik besteht nun in der Initiierung und Stimulierung privatwirtschaftlicher Aktivitäten.

Der Konkurrenzkampf um Investitionen und Kaufkraftpotentiale veranlaßt das städtische Management auch zu aufwendigen Eingriffen in die bestehende Raumstruktur. Dazu gehören u. a. die bauliche Aufwertung von Stadtvierteln, die Umwandlung altindustrieller Gewerbeflächen und Festivalisierungsprojekte wie Messen oder Weltausstellungen. Die damit verkoppelte Imagestrategie des städtischen Managements operiert vor allem mit zwei scheinbar widersprüchlichen Elementen: der Betonung von Unterschiedlichkeit – gegenüber anderen Städten – und der Garantie räumlicher Homogenität.

Einerseits sollen bestimmte Objekte der Stadt – wie etwa Waterfronts, Unterhaltungszentren oder historische Bauten – ihre Unverwechselbarkeit und eine attraktive urbane Lebensweise belegen. Andererseits werden diese Orte selbst zunehmend als austauschbar konstruiert, den international sich angleichenden Standards von Entspannung und Luxus entsprechend. Es handelt sich dabei um wiedererkennbare Einheiten einer hochtechnisierten Raumstruktur, die den Globus mit Bürogebäuden, Hotelhallen oder Shopping Malls überziehen und von der internationalen Business-Community und den städtischen Professionellen als »eigenes« Territorium identifiziert werden.

Der Diskurs der »urbanen Dienstleistungsmetropole« offeriert den städtischen Raum als exklusives Angebot: einzelne Produkte bzw. Konsumtionsstätten bürgen hier für die Qualität des Ganzen.

Die Expansion des finanzindustriellen Komplexes und der Headquarter Economy treibt die Hierarchisierung des städtischen Raums voran. Banken, Versicherungsfonds und transnationale Konzerne legen einen Teil ihres überschüssigen Kapitals in global gestreutem Immobilienbesitz an. Die Grundstücksmärkte verwandeln sich in eine Anlagesphäre von disponiblem Kapital, in der Grund und Boden wie Aktien oder Wertpapiere gehandelt werden. Nicht zuletzt aufgrund der spekulativen Verwertung von Immobilien, deren Wert sich weniger nach regionalen als nach globalen Maßstäben bemißt, zeichnen sich die städtischen Zentren durch eine Monostruktur von internationalen Ladenketten und Boutiquen aus.

Seit den achtziger Jahren fließen zudem die Kapitalströme verstärkt in den städtischen Unterhaltungssektor – also beispielsweise Freizeitparks, Musical-Theater, Malls oder Kinozentren. Die »symbolische Ökonomie« von Finanz-, Medien- und Unterhaltungsindustrie veranlaßt das städtische Management, verstärkt auf den Ausbau der kulturellen Konsumtion zu setzen, nicht zuletzt um damit den Niedergang der lokalen Industrien zu kompensieren.

Die Hierarchisierung städtischer Räume erfolgt aber nicht nur durch die Kommerzialisierung der City, sondern auch durch die Umnutzung und Aufwertung zentrumsnaher Stadtteile. Dieser Vorgang – innerhalb der Sozialwissenschaften auch als Centrifizierung bezeichnet – bedeutet sowohl die räumliche Ausdehnung von Cityfunktionen als auch die Expansion metropolitaner Kultur. Dabei spielen insbesondere jene Berufsmilieus eine Schlüsselrolle, die strukturell eng mit der neuen Dienstleistungsökonomie zusammenhängen – also etwa Banker, naturwissenschaftlich-technologische Kader, Marketing, Werbung, Symbolproduzenten aus dem Kulturbereich etc.

Wichtige Teile der Metropolen erfahren durch die Aneignungs- und Nutzungsmuster dieser Dienstleistungsklasse eine Umformung. Zum einen verstärken sich in der City die Bereiche für den gehobenen Konsum, zum anderen erfahren zentrumsnahe Stadtviertel einen Aufwertungsdruck, der sich entweder aus dem wachsenden Flächenbedarf der Metropolenökonomie oder aus den Wohnansprüchen gutausgebildeter Erwerbstätiger mit höherem Einkommen in Single- oder Zweipersonenhaushalten ergibt. Deren urbanistischer Lebensstil, der sich deutlich von der familienorientierten Lebensweise in der Peripherie absetzt, trägt entscheidend zu der sozialräumlichen Fragmentierung der Metropolen bei. Dabei geht es nicht nur um die kulturelle und soziale Distinktion zu anderen Klassen, sondern auch um den Machtanspruch auf zentrale Räume der Stadt. Centrifizierung stellt somit die Bestrebung dar, sich »städtische Zentralität« anzueignen und – indem sie konsumiert wird – ihren ökonomischen und kulturellen Wert zu steigern. (...)

Die klassischen Orte der Öffentlichkeit – Straße, Platz und Park – werden, zumindest in den USA, durch Malls, Einkaufszentren und Themenparks ersetzt. Solche segregierten Räume sind als eingegrenzte und ausgrenzende gesellschaftliche Bereiche zu verstehen, von welchen aus sich der Mythos der postindustriellen Stadt – Müßig-

gang und Unterhaltung – verbreiten kann. Es handelt sich um reale »Festungsstädte«, gebaut für Menschen vornehmlich aus den suburbanen Mittelklassen, die den »Gefahren der Großstadt« zu entkommen suchen.

Zwar gelten in vielen Bundesstaaten der USA Malls als öffentliche Räume, in denen das Recht auf Meinungsfreiheit – wie etwa das Verteilen von Flugblättern – garantiert ist. Jedoch berechtigt »abweichendes Verhalten« von Personen die Betreiber, die auffällig Gewordenen auf die Straße zu setzen. Manche der älteren Besucher, die die Einkaufszentren vor allem als Aufenthaltsorte nutzen, haben es sich daher angewöhnt, stets eine Einkaufstasche zu tragen, um dem Verdacht des Herumlungerns zu entgehen.

Selbst Jugendliche, die eigentlich einen wachsenden Markt repräsentieren, stellen aus der Sicht des Verkaufsmanagements ein Problem dar: Einerseits sind sie wichtige Kunden, andererseits bilden sie ein bedrohliches Potential, das die kontrollierte Atmosphäre in den Malls durcheinanderbringen könnte. Deshalb dürfen Heranwachsende in einigen Einkaufszentren nur in Begleitung von Erziehungsberechtigten erscheinen; in manchen Fällen ist Personen unter achtzehn der Zutritt sogar untersagt.

Die Themenparks und Malls produzieren eine Art von Öffentlichkeit, die sich am Mythos der heilen Kleinstadt orientiert: keine Gewalt, keine Obdachlosen, keine Drogen. Diese Vision der heilen Gemeinschaft von Gleichgesinnten kann sich dabei auf eine polarisierte Stadtentwicklung stützen. In den USA lebt und arbeitet die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr in Kernstädten, sondern in den Suburbs. Während die städtischen Peripherien ökonomisch prosperieren, veröden große Teile der Zentren, in denen vor allem Arme und marginalisierte Gruppen zurückbleiben. (...)

Der Ausbau der Headquarter-Funktion erzeugt aber auch einen Peripherisierungsprozeß im Zentrum: Während sich die familienorientierten Teile der Mittelklassen und bestimmte ökonomische Aktivitäten in die suburbane Peripherie zurückziehen, bildet die Kernstadt das »umkämpfte Terrain« (Saskia Sassen) für jene Menschen, die die bad jobs des Dienstleistungsgewerbes erledigen und damit ebenso wie die Finanz- und Headquarter-Ökonomie struktureller Bestandteil der Zitadellenökonomie sind.

Zugleich dient die Kernstadt den verschiedenen Submilieus als wichtiger Aufenthalts- und Reproduktionsraum. Indem die marginalisierten Gruppen den öffentlichen Raum der Innenstadt – sprich Straßen, Plätze und Verkehrsknotenpunkte – nutzen, verfolgen sie eine Überlebensstrategie, die auf Präsenz setzt, um die eigenen Reproduktion abzusichern. Neben Büros und Geschäften gibt es im Innercity-Bereich auch ein dichtes Netz an sozialen Angeboten für ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen, wie etwa Drogenhilfe, Gesundheitsversorgung, psychosoziale Beratung, karitative Unterstützung in Form von Nahrung, Kleidung, Unterkunft. Die City stellt aber auch einen Aktions- und Erlebnisraum für viele Jugendliche aus der Peripherie dar. Da die meisten Wohnquartiere wenig Anregung zu bieten haben, erweist sich die Innenstadt aufgrund der vielfältigen Unterhaltungsmöglichkeiten und der günstigen Verkehrsverbindungen als geeigneter Ort für die Freizeit.

Gegen solche Formen der sozialen Aneignung entfaltet sich seit Beginn der 90er Jahre ein verstärktes Repressionsprogramm. So fordern Gewerbeverbände oder lokale Industrie- und Handelskammern die politisch Verantwortlichen auf, verschärfte Sicherheitsmaßnahmen im Innenstadtbereich durchzuführen. Maßnahmen wie die »Zerschlagung« von offenen Drogenszenen, die »Aussetzung« von Obdachlosen an den Stadtrand oder die Schikanierung von Migranten-Jugendlichen deuten darauf hin, daß die innerstädtischen Räume den verschiedenen Sub-Milieus streitig gemacht werden.

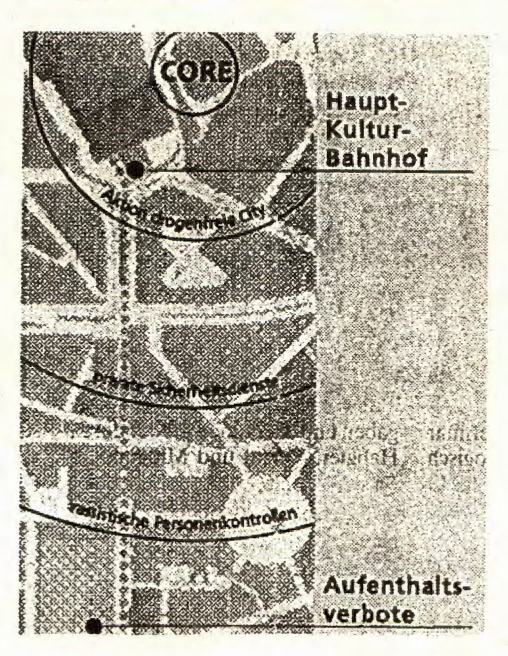
Exemplarisch für diese von den städtischen Behörden initiierte Vertreibungsstrategie sind etwa aktuelle Überlegungen aus dem Umfeld der Hamburger Stadtregierung. In dem Senatsdrucksachenentwurf »Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt« geht es erklärtermaßen um die Beseitigung der sichtbaren Erscheinungsformen von städtischer Armut, die Verhinderung von »Konzentration und Verfestigung« marginalisierter Gruppen sowie das »Sauberhalten repräsentativer Räume und Visitenkarten der Stadt«.

Noch weitreichender gehen die Kontrollbestrebungen des Frankfurter Magistrats. Um einen »streßfreien« Aufenthalt in der City zu gewährleisten, soll durch eine geplante »Gefahrenabwehrverordnung« eine »Belästigung« der Bürger durch »rauschbedingtes Verhalten« und »aggressives Betteln« mit Hilfe von Platzverboten vermieden werden. Darüber hinaus sah der erste Entwurf der Verordnung vor, das »Lagern oder dauerhafte Verweilen« in Fußgängerzonen und das Übernachten im Freien zu verbieten. Von dieser Regelung wären sämtliche öffentlichen Flächen sowie bestimmte Areale im Privateigentum, wie etwa Einkaufspassagen betroffen.

In Berlin wiederum sind von der Polizei inzwischen mehr als 24 »gefährliche Orte« festgelegt worden, an denen wesentliche Persönlichkeitsrechte außer Kraft gesetzt sind. Insbesondere innenstadtnahe Plätze und große Einkaufsstraßen fallen unter diese Klassifikation. An solchen Orten können ohne Begründung Personalienüberprüfungen oder Leibesvisitationen vorgenommen und zeitlich unbegrenzte Platzverweise ausgesprochen werden.

Aber auch die Bahnhöfe – bislang traditionell bedeutsame Rückzugsräume für Submilieus – geraten verstärkt ins Fadenkreuz sozialräumlicher Kontrollstrategien. Diese häufig als »Krebsgeschwür der Stadt« oder »soziale Pestbeule« bezeichneten Orte sollen sich nach den Vorstellungen der Deutschen Bahn AG »zum Nukleus und Modell für die Stadtplätze des 21. Jahrhunderts« – so der Vorstandsvorsitzende Dürr – mausern. Dieser »städtebauliche Wertewandel« erfolgt mit Hilfe des Umbaus der Transitstationen zu Dienstleistungskomplexen und der Konstruktion einer »qualitätvollen Corporate-Identity« für eine »qualifizierte Öffentlichkeit«.

Was die Bahn AG damit u. a. meint, demonstriert sie mit einem Pilotprojekt im Frankfurter Hauptbahnhof. Im Zuge der Renovierung des Gebäudes wurde eine Zwei-Klassen-Lounge eingerichtet, die nur mit Fernverkehrs-Fahrkarte, Bahncard oder gegen Bezahlung aufgesucht werden



darf. Damit will die Bahn AG nach eigenem Bekunden Obdachlose, Drogenabhängige und Betrunkene aus dem Vorzeige-Wartesaal fernhalten. Aber auch etwa in den Innenstädten ist die Kontrolldichte enorm. So agieren etwa in der Frankfurter City neben den Beamten der dafür zuständigen Polizeireviere, Einheiten des Bundesgrenzschutzes, das Rauschgiftdezernat, das Straßenraumdezernat, die OK-Inspektion und die SoKo Mitte. Neben diesen staatlichen Organen kontrollieren den Innenstadtbereich mehrere Dutzend Angestellte des städtischen Ordnungsamtes – die sich vor allem als Fremdenpolizei bei den jugendlichen Migranten sehr beliebt gemacht haben -, private Sicherheitsdienste der Frankfurter Verkehrsbetriebe, der Bahn AG und des Zeil-Aktiv-Managements (eine Vereinigung von Geschäftsleuten der Einkaufsstraße »Zeil«).

Auffallend an der gegenwärtigen Kontrollpraxis in den Städten ist die Expansion kommunaler Ordnungsvorschriften, die auf eine Art von Lokal-Justiz hinauslaufen. Der Sozialwissenschaftler Hubert Beste hat dabei zwei Varianten ausgemacht: Zum einen definieren die Kommunen im Rahmen von Sondernutzungen wie etwa Gefahrenabwehrverordnungen Betteln, Alkoholtrinken oder Lagern im öffentlichen Raum als Ordnungswidrigkeiten. Zum anderen findet mit Hilfe des Hausrechts eine Umwidmung von öffentlich zugänglichen Orten statt.

Diese Kontrollpraxis kommt gegenwärtig verstärkt in Bahnhofsanlagen, Flughäfen und dem öffentlichen Nahverkehr zum Einsatz. Erklärtes Ziel dieser Strategie ist die Exklusion bestimmter Submilieus. »Wir können nicht hinnehmen«, so etwa der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, »daß zentrale Orte wie Bahnhöfe und andere Plätze fest in den Händen von Randgruppen sind«.

Aussagen wie »Man muß die Ängste der Bürger ernst nehmen« signalisieren, daß nicht nur konkrete Straftaten, sondern auch subjektive Befindlichkeiten zum Gegenstand politischer und polizeilicher Interventionen werden. Damit rücken Themenfelder in den Vordergrund, die von keiner strafrechtlichen Relevanz sind, wie etwa die Unsauberkeit auf Straßen und Plätzen, sogenannter Vandalismus oder Betteln. In diesem präventiven Konzept von öffentlicher Sicherheit findet eine Vermischung von sozialpolitischen, ordnungspolitischen und polizeilich/strafrechtlichen Bereichen statt, die vor allem auf eine Intensivierung der sozialen Kontrolle abzielen.

Populäres Vorbild für dieses präventive Sicherheitskonzept ist die »Null-Toleranz«-Strategie der New Yorker Sicherheitskonzept ist die »Null-Toleranz«-Strategie der New Yorker Polizei. In der amerikanischen Metropole werden Regelwidrigkeiten wie Trinken und Urinieren in der Öffentlichkeit, Graffiti-Sprayen, Schwarzfahren und sogar lautes Musikhören aus Ghettoblastern konsequent verfolgt und streng geahndet. Natürlich sind von solchen drakonischen Ordnungsmaßnahmen nicht alle Bürger gleichermaßen betroffen. Diese Form der Kontrollpolitik richtet sich vor allem gegen marginalisierte Gruppen und ethnische Minderheiten. Das heißt bestimmte Quartiere und ausgesuchte Bevölkerungsgruppen werden von den Sicherheitsorganen präventiv beobachtet und kontrolliert.

Auch wenn in den deutschen Metropolen das New Yorker law-and-order-Modell noch nicht durchgängig praktiziert wird, setzt sich auch hier eine restriktivere Ordnungspolitik durch. (...)

Im Wechselspiel zwischen medialer Aufbereitung und ordnungspolitischer Intervention erklärt man bestimmte Submilieus zum Feind der städtischen Gesellschaft. »Sicherheit« scheint sich zum zentralen Dispositiv eines neuen Konsens zu entwikkeln. Aus der Sicht der Mehrheitsgesellschaft formieren sich Obdachlose, Alks, Dealer, Drogenkonsumenten oder junge Migranten zu »unerwünschten« bzw. »gefährlichen Gruppen«. (...)

Diese Furcht vor städtischen Submilieus weist gewisse Parallelen zu Wahrnehmungsweisen des Bürgertums im 19. Jahrhundert auf. Mit der Durchsetzung der industriellen Produktion erfuhr auch das urbane System einen tiefgreifenden Wandel. Insbesondere das Anwachsen eines städtischen Proletariats und die Zunahme pauperisierter Massen veränderten das Gesicht der Städte. Die Mehrheit der bürgerlichen Klasse nahm die neuen Formen der Armut jedoch nicht als soziales Problem wahr, sondern naturalisierte den Pauperismus als Inbegriff des Fehlverhaltens und der Entmoralisierung.

Es entstand das Bild vom asozialen, verwahrlosten und halbkriminellen Außenseiter, gegen den der gesetzte Bürger seine rigiden Leistungs- und Normalitätsnormen mobilisieren, sowie auch die integrationswillige Arbeiterschaft ihre Abgrenzung nach unten demonstrieren konnte.

Nachdem der Typus der »gefährlichen Klassen« im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts zugunsten sozialstaatlicher Normalisierungsstrategien zurückgedrängt wurde, erfährt gegenwärtig diese Figur eine erneute Aufwertung. An die Stelle von »Integration« und sozialräumlichem »Ausgleich« treten in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zunehmend »Exklusion« und »Moral«.

Die Wiederkehr solcher Wahrnehmungsweisen und Ausgrenzungsmechanismen vollzieht sich im Kontext der Erosion des Sozialstaats und der wachsenden Polarisierung in den Großstädten. Unübersehbar sind neue marginalisierte Räume entstanden, die vor allem durch den Zuzug von Menschen aus den Armutsgebieten der Welt weiter anwachsen. Einerseits fallen zunehmend mehr Menschen aus dem Produktionsprozeß heraus, gelten nun Phänomene wie Armut und Dauerarbeitslosigkeit als »natürliche« Bestandteile der Gesellschaft, andererseits wächst die Bereitschaft, bestimmte Gruppen und soziale Praktiken zu disziplinieren, zu stigmatisieren und auszugrenzen.

Bestand der zentrale Anspruch der

»postmodernen Kulturgesellschaft« darin, gesellschaftliche Probleme kulturell bearbeiten und darüber die verschiedenen sozialen Gruppen der Mehrheitsgesellschaft integrieren zu können, so bricht nun – im Zuge der ökonomischen Krise und des politischen Umbruchs – der ideologische Gegensatz von »Kultur« und »Sozialem« in aller Schärfe wieder auf.

Das Konzept einer zentrumsorientierten Lokalpolitik, das auf städtebauliche Monumente und identitätsstiftende Inszenierungen setzt, bleibt zwar weiterhin ein entscheidendes Instrument der städtischen Administration, es büßt jedoch angesichts leerer Kassen, einer veränderten Dynamik der Stadtentwicklung und der wachsenden Sozialen Polarisierung seine herausragende Stellung ein.

Das Ende des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses und der Rückgang integrativ-normalisierender Modelle verstärken zugleich Bestrebungen, die Kreise mit ordnungspolitischen Mitteln zu bearbeiten. So werden etwa mit Begriffen wie »Ausländerkriminalität« oder asoziale Randgruppen« Bedrohungsszenarien entworfen, in denen unter anderem auch die Erlebnisqualität der Innenstädte gefährdet erscheint. Bezogen auf den lokalen Raum findet hier jene Politik ihre Umsetzung, die in den nationalen Kampagnen zur »inneren Sicherheit« als »Massen- und Ausländerkriminalität« artikuliert ist, wobei diese Kampagnen ihre suggestive Kraft vor allem aus den Diskursen und Bildern der Stadt beziehen, in denen die gängigen Bedrohungsszenarien entworfen werden.

In der Regel operieren die »Sicherheits- und Moralpaniken« mit der Umstellung, daß ein großer Teil der Kriminalität von außen eingeschleppt werde. Wenn davon in den Medien die Rede ist, dann meist in Verbindung mit »ausländischen Drogendealern« in den Innenstädten oder jungen Migranten, die sich an »sozialen Brennpunkten« zu »gangs« zusammenschließen.

Die symbolische Rolle, die insbesondere Drogen bei den Ausgrenzungsstrategien spielen, hat Barbara Ehrenreich für die amerikanische Mittelklasse treffend beschrieben: »Die undifferenzierte Drogenhysterie spiegelt die alte Angst der Mittelklassen wider: Die Angst vor dem Absturz, davor, die Kontrolle zu verlieren, Schwäche zu zeigen.« Verbunden damit beobachtet sie den Rückzug der Mittelklassen von öffentlichen Territorien und Dienstleistungen – Schulen, Parks, öffentliche Verkehrsmittel – und eine zunehmende Tendenz, diese öffentlichen Ausgaben nicht mehr zu unterstützen: »Wenn die Armen gefährlich werden – süchtig, aggressive, krank –, bricht die Mittelklasse in noch stärkerem Maße den Kontakt ab. Es ist besser, den Park zu schließen (...) als zu riskieren, mit denjenigen zusammenzutreffen, die keinen Platz haben, um zu schlafen oder sich die Zeit zu vertreiben.« Entscheidend für die Angst vor »gefährlichen Gruppen« scheint vor allen ein befürchteter Verlust der räumlichen Kontrolle und bestimmter Normalitätsstandards zu sein.

Zugleich besteht das strategische Moment solcher Bedrohungsszenarien darin, Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit zu definieren, Einschränkungen des bürgerlichen Gleichheitspostulats zu legitimieren, Grenzen des Anspruchs auf Anerkennung von sozialen Rechten zu bestimmen und den Zugang zu materiellen Ressourcen und Räumen auch vom moralischen Status des Betroffenen abhängig zu machen. Die Gefahren- und Sicherheitsdiskurse fungieren als Teil einer Integrationsstrategie, die die Ausschließung bestimmter sozialer Gruppen voraussetzt, da – wie oben ausgeführt – ohne diese Grenzziehungen keine Normalitätsstandards gebildet und durchgesetzt werden könnten.

Da Unsicherheitsempfindungen weniger das Produkt direkter Erfahrungen sind, sondern vor allem durch das Reden über Gefahren entstehen, kann der Sicherheitsdiskurs der Politik und der einschlägigen Institutionen auch als ein Beitrag zur Stärkung der Kriminalitätsfurcht verstanden werden. In diesem Sinne ist auch Foucault zuzustimmen, daß wir weniger in einem Rechtsstaat als in einem »Sicherheits-« bzw. »Angststaat« leben. Die öffentliche Sicherheit erweist sich als ideales Feld, auf dem der Staat und die Parteien symbolisch »Handlungsfähigkeit« demonstrieren können, der in anderen Politikfeldern nicht mehr möglich erscheint.

Das Aufbrechen der homogenisierenden Raumordnung der industriellen Stadt durch die mobilen Kapital- und Informationsströme der neuen Dienstleistungsökonomie führt zu einer Hierarchisierung und Fragmentierung des städtischen Territoriums. Die gegenwärtige Epoche des Neoliberalismus läßt sich als ein »Regime der Differenz« auffassen, bei der die Unterschiedlichkeit von Räumen und die Exklusivität von Orten betont wird. Damit wächst auch die Bedeutung räumlich-situativer und temporärer Kontroll- und Überwachungstechniken. Soziale Kontrollstrategien, die bislang vor allem auf die Individuen gerichtet waren, nehmen nun verstärkt auch den Raum als Gegenstand der Überwachung wahr. Das übergeordnete Ziel der neuen Kontrollprozeduren besteht darin, die Fragmentierung des sozialen Raums territorial zu fixieren und segregierte Orte abzusichern, die sich durch eine jeweils spezifische Homogenität auszeichnen sollen. In diesem Verfahren wird das Soziale zunehmend als »Luxus« verstanden, den man sich in seiner bisherigen Form nicht mehr leisten kann. Es verstärken sich die Tendenzen der »harten« Grenzziehung und der stigmatisierenden Exklusion.

Damit manifestieren sich in den Auseinandersetzungen um Orte und Plätze auch die gegenwärtigen Machtverhältnisse. Die Fähigkeit, den angeeigneten Raum zu dominieren – sowohl materiell wie symbolisch – ermöglicht es, sich unerwünschte Personen und Ereignisse auf Distanz zu halten und umgekehrt subalternen Gruppen stigmatisierte und entwertete Territorien zuzuweisen.

Die Struktur der räumlichen Verteilung sozialer Klassen und Nutzungsweisen läßt sich somit als Resultat sozialer Auseinandersetzungen um »Raumprofite« (Pierre Bourdieu) auffassen. Bei der Herrschaft über den Raum handelt es sich um eine der privilegierten Formen von Machtausübung, da die Manipulation der räumlichen Verteilung von Gruppen sich als Instrument der Manipulation und Kontrolle der Gruppen selbst einsetzen läßt. Bourdieu teilt die Raumprofite in zwei Klassen auf: Sogenannte Situationsrenditen, die sich aus der Ferne zu unerwünschten Dingen und Personen beziehungsweise durch die Nähe zu seltenen und begehrten Gütern ergeben – also etwa Ruhe und Sicherheit und sogenannte Okkupations- oder Raumbelegungsprofite, die durch die Unterbindung jedes fremden und unerwünschten Eindringens in das eigene Territorium entstehen.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Zentren der Metropolen zu den sensibelsten und am stärksten überwachten Räumen der Zitadellenökonomie gehören. Gerade der Kernstadt kommt eine hohe symbolische Bedeutung bei der Repräsentation hegemonialer Lebensweisen zu. Deshalb geht es bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Innenstädte nicht nur um konfligierende Raumausnutzung, sondern auch um die Kontrolle von Bildern und Bedeutungen. Bezeichnenderweise zielen die Ausgrenzungsstrategien der Geschäftsinhaber und der lokalstaatlichen Ordnungspolitik vor allem darauf ab, die Sichtbarkeit von Marginalisierten in bestimmten Räumen zu unterbinden. Ein Vorgang, der bislang von der breiten städtischen Öffentlichkeit unterstützt und nur vereinzelt in Frage gestellt wird.

Frankfurter Rundschau, 10.02.1998

(Hamburger) Sozial- und Stadtentwicklung im repressiven Wandel

Die Gestaltung und Verwertung des Raumes ist ebenso Symbol von Wirtschafts-, Macht- und Herrschaftsinteressen bzw. der freien kapitalistischen Konkurrenz, wie die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Im Bereich der Stadtplanung hat die Erneuerung der -v.a. innerstädtischen- Gebiete entsprechend standortpolitischer Interessen oberste Priorität. Unerheblich ob sich die Erneuerung wie früher durch Flächensanierung auf einem Schlag vollzieht oder i.S. der "behutsamen Stadterneuerung" zeitlich gestreckt sowie sozialpädagogisch flankiert und moderiert, sind die Folgen die Gleichen: Mieterhöhungen, Vertreibung und Zerstörung nachbarschaftlicher Netzwerke.

Die derzeitige Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, von "unten" nach "oben" bzw. die Entlastung der Unternehmen und Selbstständigen wird zweifach legitimiert:

a) entsprechend der Angebotsideologie wird in Aussicht gestellt, daß die Investitionstätigkeit und damit die Wirtschaft angeregt wird und so langfristig alle davon profitieren könnten;

b) die Abwanderung vom "Standort Deutschland" muß verhindert werden, um Arbeitsplätze zu sichern.

Direkte Folgen dieser Politik sind Lücken im öffentlichen Haushalt[i] die auf Kosten von BewohnerInnen, abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen und anders benachteiligter Menschen versucht werden zu schließen, die ökonomische Polarisierung der Gesellschaft - auch regional - und die Belastung der Wohnbedingungen.

In dem Maße, wie Politik Forderungen der Ökonomie nach Entlassung aus ihrer sozialstaatlichen Verantwortung entspricht oder diese Forderungen selbst stellt, fördert sie selbst die überall beklagte Steuerungs- und Legitimationskrise des Staates. Die ungerechte Verteilungs- und/oder Stadtentwicklungspolitik werden in der fachlichen Diskussion an der einen oder anderen Stelle verantwortlich gemacht für jedes Desintegrations- und Armutsphänomen;[ii] besondere Beachtung in der Politik finden diese Phänomene jedoch nur, wenn die Macht der jeweiligen Regierungspartei bedroht ist oder die entstehenden Regulierungskosten zu hoch werden.

Sieht man als übergeordnetes Ziel von Politik die Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse, so hat die Sozialpolitik dabei v.a. vier Funktionen:

a) den sozialen Frieden sichern,

b) am unternehmerischen Bedarf orientiertes Humankapital bilden,

c) die demokratische Legitimation des politischen Systems zu gewährleisten.

d) die Kaufkraft zu sichern.

Das gleiche übergeordnete Ziel verfolgend unterscheidet sich innenpolitisches Engagement nur in der Methodik von sozialpolitischem und stellt den entgegengesetzten Pol im Kontinuum von helfenden und kontrollierenden Strategien.

Insofern mag es auch nicht verwundern, daß in Hamburg das Referat für Stadtteilkultur ursprünglich der Innenbehörde angegliedert war und daß der Staatsrat der Kulturbehörde Nevermann in der Soziokultur ein Äquivalent polizeilicher Intervention sieht.[iii]

Zu den Methoden staatlicher Regulation kommt nun noch die Kostenersparnis als Bedingung hinzu, unter der das Ziel zu erreichen ist. Seither entwickeln und testen Sozialwissenschaft und Sozialpädagogik sowie Sozial- und Innenpolitik, immer neue sparsame Integrationskonzepte. Als Tendenz sind dabei ein Absenken oder Ersetzen von allgemeinen durch den Gleichheitsgrundsatz geschützten Leistungen durch punktuelle regionale und/oder individuelle, sowie eine Orientierung weg von helfenden, hin zu repressiven Strategien zu erkennen.

Einen qualitativen Sprung in der Stadtentwicklungspolitik gab es, nachdem die Großprojekte "Alstercity", dem ganz St. Georg zum Opfer fallen sollte und das Phantom-Musical im Schanzenviertel wegen zu großem Widerstand aufgegeben werden mußten. Die in der Hafenstraße lange erfolgreichen Steuerungsinstrumentarien von Kriminalisierung und Polizeieinsätzen reichten nicht mehr zur Isolierung und Diskreditierung des militanten Widerstandes aus. Scheinbar in dem Maße wie die existenzielle Not großer Bevölkerungsteile zunimmt, waren keine Wähler mehr durch Chaotenhetze zu mobilisieren. Nachdem sich die Hamburger Polizei öffentlich diskreditiert hatte und das Interesse des Widerstandes besser vermittelbar war als das staatlicher Planungen, setzte man für die Umstrukturierung der „Westlichen Inneren Stadt" auf eine Aufwertung in kleinen Schritten. Die zur Moderation und Harmonisierung dieses Prozesses gegründete STEG schaffte an unrentablen Grundstükken und in kleinstem Ausmaß runde Partizipationstische für AnwohnerInnen, versuchte die politisierten BewohnerInnen zu isolieren und dient als Puffer gegenüber den Entscheidungsträgern in der Politik. Dabei verschleiert sie die Tatsache, daß sie generell nur Beratungsrecht hat, einzelne Planungsbereiche und große Planungen ausgeklammert sind und nach Auslaufen der relativ kurzen Mietpreisbindungen der nun schrittweise sanierten Quartiere viele BewohnerInnen umziehen werden müssen.

Während das "Konzept soziale Brennpunkte" (1992) v.a. SPD-Wähler in den traditionellen Hochburgen mobilisieren sollte, diente die Fortentwicklung - das Armutsbekämpfungsprogramm (1994) - der Mittelumschichtung und -ersparnis. Es orientiert sich an Herlyn[iv], der nahelegt, soziale Milieus als "Ressource zur Lebensbewältigung" zu betrachten und entsprechend zu fördern. Diese Idee ist prinzipiell nicht schlecht, dient letztendlich aber nur der Haushaltskonsolidierung. Der gewonnene ökonomische Gegenwert durch die Mobilisierung individuellen sozialen und kulturellen Kapitals[v], wird den BewohnerInnen nicht als Gewinn belassen, sondern später mit sozialen Transferleistungen verrechnet[vi]. Der besondere geldsparende Trick liegt darin, eine allgemeine relative Senkung der sozialen Transferleistungen mit einer regionalen selektiven Möglichkeit zusätzlicher Steuerung zu koppeln. So wird geschickt der Gleichheitsgrundsatz umgangen, der unterschiedliche Regelsätze je nach regionalen Bedarf rechtlich ausschließt.

In der Praxis wird dieser Zusammenhang deutlich, wenn WG-MitbewohnerInnen zur Bedarfsgemeinschaft definiert und zum Unterhalt herangezogen werden sollen oder wenn im Quartier Recyclinghöfe mit niedrigschwelligen Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, um später SozialhilfeempfängerInnen einmalige Hilfen für Möbel mit Verweis auf diese Einrichtungen zu verweigern.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die quartiersorientierten Ansätze in Hamburg punktuell (zeitlich/örtlich) Lücken der Regulation schließen sollen, die durch flächendeckende Kürzungen im Sozialen Bereich und Umstrukturierung im Quartier aufgerissen werden. Diese Ansätze bringen den BewohnerInnen unterm Strich keine Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen, sind jedoch billiger, da sie sich auf die Quartiere beschränken lassen, wo sich Widerstand gegen die kapitalistische Reproduktion formiert und die Menschen nicht nur mit introvertierten Symptomen auf ihre Benachteiligungen reagieren.

Der Hamburger Wahlkampf um Innere Sicherheit führte zwar zur Niederlage der SPD, spiegelt sich jedoch im Koalitionsvertrag mit der GAL durch repressive Akzente wieder.

Daß mit der Veränderung der Machtkonstellation in der Bürgerschaft keine erhöhte Sozialverträglichkeit einhergeht und die Verlockung des Mitregierens die bisherige oppositionelle Programmatik der GAL in den Hintergrund treten ließ, ist enttäuschend; eine Katastrophe ist es jedoch, daß sie einer zunehmend repressiven Regulierungsstrategie im Koalitionsvertrag zustimmt:

Obwohl die eigentlichen Probleme der Stadt sogar im Koalitionsvertrag benannt werden ("Beschäftigungssituation, Sozialhilfedichte, Sozialwohnungsdichte, Einkommensverhältnisse, Umstrukturierungs- und Planungsbefangenheit, Freiraumversorgung, Kriminalitäts- und Gewaltentwicklung" (§4.2.4 Koalitionsvertrag) und klar als Symptome der kapitalistischen Logik zu identifizieren sind, setzt die GAL andere Akzente.

Im Wahlkampf hatte sie noch darauf hingewiesen, daß die gestiegene Angst vor Kriminalität das Resultat einer Wahlkampf- und Pressekampagne ist, aus der später politisches Kapital gezogen werden soll und zur realen Gefährdungslage in keinem Verhältnis steht. Nun nimmt die GAL die Ängste nicht nur ernst, sondern unterstützt auch die Priorität repressiver gegenüber sozialpolitischer Lösungsangebote für die von der SPD selbst geschaffenen Probleme.

Erfassung und Kontrolle

"Zur Stärkung der Prävention (von Kriminalität und Angst) soll die Zusammenarbeit der Ressorts ausgebaut werden. Neben der wichtigen Rolle der Polizei bedarf es flankierender Maßnahmen von Jugend-, Schul-, sozial-, und Justizpolitik sowie einer Vernetzung der Politikfelder. Gleichzeitig muß eine dienstleistungsorientierte und bürgernahe Polizei in die Lage versetzt werden, Kriminalität effektiv zu bekämpfen. Sicherheitspartnerschaften sollen initiiert werden, wo konkrete Sicherheitsprobleme bestehen. Daneben sollen in zwei Bezirksämtern Sicherheitskonferenzen nach dem Ansatz des Potsdamer Modells erprobt werden. Kriminologische Regionalanalysen sollen ausgebaut und die Lageberichte der Polizei einschließlich digitaler Stadtkarten -sog. Mapping-Konzept- verbessert werden." (§5.1.)

Mit der Unterschrift unter diesen § des Koalitionsvertrages knüpft auch die GAL an alten Konzepten an:

Nötig schien schon früher "die Kartographierung von Bevölkerungsgruppen nach bestimmten Kriterien, (...) die spezifische Untersuchung der Sonderregionen nach lokaler Lage, architekonischen Besonderheiten und sozialer Schichtung und Gruppierung (und die) Erstellung eines 'Sozialkatasters' über jede Familie oder Einzelperson des sanierungsbedürftigen Gebietes."

Seit 1927 arbeitete Andreas Walther[vii] -der Autor des Zitates- an der Kartierung sozialer Strukturen zur besseren Kontrolle von "Kriminellen", "Arbeitsscheuen" und "sozial wie biologisch Minderwertigen". Dieser Arbeiten verdankte er 1932/33 auch seine Berufung als Dekan an das Hamburger Institut für Rechts- und Staatswissenschaft und die Möglichkeit der Gründung des soziologischen Institutes in Hamburg. Im Mai 1934 wurde seine "Untersuchung gemeinschädlicher Regionen im Niederelbischen Städtegebiet" als Grundlage für die "Zerstörung der Brutstätten des Marxismus" veröffentlicht.

Das sog. "Gesetzes zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses" (7/1933) bedurfte genauerer Vorbereitung:

An den Ergebnissen der Chicagoer Schule methodisch orientiert, entwickelte er ein stadtplanerisches Konzept zur Erfassung, Kategorisierung und Kartierung abweichenden Verhaltens: block-, straßen-, haus- und wohnungsweise. Die Quartiersstudien der Chicagoer Schule (20/30er), in denen Zusammenhänge zwischen verschiedenen Formen abweichenden Verhaltens mit verschiedenen Siedlungsbedingungen untersucht wurden, wiesen darauf, in welchen Quartieren mittels welchem Steuerungsinstrument die Integration am besten zu gewährleistet ist. Walther ging es jedoch nicht um die Integration sondern um Zwangssterilisation, die Ausbeutung im Arbeitslager, ggf. auch um die Vernichtung. Umgesetzt wurde sein Konzept von dem Hamburger Institut für Sozialpädagogik unter Gertrud Bäumer und Käthe Petersen.[viii] In 4 Stufen vom "wertvollen" bis "wertlosen Leben" wurden die Menschen eingeteilt. Kriterien waren z.B.: "Kommunisten", "Alkoholiker", "Arbeitsscheue", "psychische und physische Behinderungen", "Prostituierte".

Die Kategorie 4 wurde nach der Erfassung i.d.R. ins Arbeitslager gebracht, Frauen wurden vielfach, Prostituierte generell zwangssterilisiert. Frauen, die aus den Arbeitslagern flohen, wurden später nachweislich in Ausschwitz vergast. An einigen Menschen wurden medizinische Experimente durchgeführt, an denen viele auch starben.



Sicherheitskonferenzen

Auch die Idee der Sicherheitskonferenzen und -partnerschaften mit Anwohnern, Gewerbetreibenden, Polizei und anderen Trägern öffentlicher Belange setzt die Tradition der Chicagoer Schule fort. Als sozialpädagogisches Konzept wurde es als Gemeinwesenarbeit in den 30er Jahren in den USA zur Reproduktion der kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse durch Integration, Kontrolle und Frühwarnung vor jeglichem abweichenden Verhalten entwikkelt.

Durch Mitgliedschaft staatlicher oder staatlich geförderter Institutionen im sozialen Netzwerk vor Ort sollen Unzufriedenheiten der BewohnerInnen rechtzeitig wahrgenommen werden, um sie zu kanalisieren. Richten sie sich gegen staatliches Handeln können sie durch Repression, Isolation, Stigmatisierung oder Sozialpolitik bearbeitet werden, ehe sie sich als soziale Bewegung institutionalisieren; richten sie sich jedoch gegen abweichende Minderheiten, können sie unterstützt werden. Vermeintlich in einem Boot sitzend fördert dies die Identifikation mit Quartier und Staat. Durch engeres Zusammenrücken wird die Distanz zu ungewünschten Minderheiten -z.B. Bettler, Schwarze, Dealer, Junkies oder Asylsuchende- nochmals zementiert und Verständnis für ein repressives Vorgehen erworben. Die Bürger werden aufgefordert *'ihr'* Interesse selbst in die Hand zu nehmen, indem sie die Augen offen halten und verstärkt Unregelmäßigkeiten anzeigen. Wollen die Bürger Kontrollgänge machen, können zwar nicht die Hunde geschenkt werden ggf. aber Funkgeräte, Nachtsichtgeräte, schlagtaugliche Taschenlampen... Wegen schlechter Außenwirkung sollen die Bürger die als abweichend definierte Minderheit jedoch möglichst nicht selbst zusammenschlagen, sondern dem Staat den letzten Schritt des Gewaltmonopols belassen.

Diese Dynamik könnte natürlich auch gewollt in Gang gesetzt werden, indem bestimmte Minderheiten stigmatisiert und an bestimmte Orte vertrieben werden, wo über Wahlkampf und Presse dann Gefährdungslagen konstruiert werden...

Es kann davon ausgegangen werden, daß die Koalitionspartner nicht bewußt auf Regulationsstrategien Walthers bzw. aus der Weimarer Republik oder dem 3.Reich zurückgreifen. Wenn sich aber die aktuellen Strategien zur Lösung von Massenarbeitslosigkeit und/oder Wirtschaftskrise mit ihren Problemen an vielen Punkten treffen, sollten die Koalitionäre stutzen. Es muß legitim sein, Analogien zur Entwicklung in der Weimarer Republik vor Augen zu führen:

"es ist doch besser, als wenn sie auf der Straße rumhängen"

Auch heute geht es darum, die schon schlechtergestellten Menschen verant-

wortlich für alle Krisenphänomene zu machen, um sie noch zusätzlich zu belasten. Die Frage nach Ursachen für ihre Benachteiligung werden fallengelassen (Sozialisationsbedingungen, Lücken im Bildungssystem, inhumane Stadtentwicklung... und erst recht nicht der Reichtum am oberen Rand der Gesellschaft), stattdessen wird auf Großen Lauschangriff, Kontrolle, Vertreibung, Wegsperren und die Privatisierung des öffentlichen Raumes gesetzt. Die zunehmende Armut gilt es nicht wirklich zu bekämpfen, sondern v.a. dem Rest der Bevölkerung den Anblick zu ersparen:

- Die Sicherheitspartnerschaften sowie die Neuprüfung der geschlossenen Heime werden von der GAL mitgetragen;
- Gewerbetreibende machen lieber Obdachlose, Bettler, Punker, Asylsuchende von den Flüchtlingsschiffen, Straßenkleinhändler, Sozialbetrüger und Drogenabhängige verantwortlich für Umsatzrückgänge, statt die gesellschaftliche Verteilung von Einkommen und Vermögen;
- Die SPD folgte diesem Vorstoß mit dem sog. Bettlerpapier, das mittellosen Menschen mit Verweis auf (ungenügende, menschenunwürdige und schwer zugängliche) öffentliche Hilfsangebote, die Legitimation zum Gelderwerb entzieht;
- Um benachteiligten Menschen die Möglichkeit zu nehmen, im öffentlichen Raum ihrem Gewerbe nachzugehen, wird dieses kriminalisiert und der Raum privatisiert;
- Um eine Legitimation für ein repressives Vorgehen gegen Junkies im öffentlichen Raum zu erhalten, investiert der Senat sogar in zusätzliche Fixerräume;
- Parallel zur Gründung von Sicherheitspartnerschaften, die sich über Identitätsbildung über das Quartier nach außen und gegenüber als bedrohlich konstruierten Minderheitsgruppen abgrenzen, wird zu verstärktem Denunziantenverhalten, Verfolgen und Bestrafen von Bagatelldelikten gedrängt;
- Ordnungswidrigkeiten wie Schwarzfahren sollen zu Straftaten erklärt werden;
- Behinderte Menschen sollen seltener Leistungen für berufliche Eingliederung erhalten und nicht mehr im Garten sitzen dürfen, weil sie andere Menschen stören;
- Es bleibt ferner zu befürchten, daß sich rechtsradikale Übergriffe an den ihnen angebotenen Minderheiten orientieren.

Die Entwicklung sozialer Hilfen läuft auch ähnlich der von vor 60 Jahren:

- Die Bedarfsgruppen werden selektiert nach Nationalität[ix] oder nach Wunsch und Fähigkeit zu arbeiten, um die Leistungen dann zusätzlich zu allgemeinen Kürzungen nochmal selektiv einzuschränken;
- In einem Formblatt zur Kürzung der Sozialhilfe um 20%, wurde 1991 kurzzeitig "mangelnde Hygiene" als Kategorie angeführt[x];
- Die Kannleistungen (einmalige Hilfen, Mehrbedarfe, offene soziale Infrastruktur) werden radikal gestrichen;
- Die Hilfesuchenden werden abgeschreckt, schikaniert und genötigt menschenunwürdige Arbeiten anzunehmen, indem sie dem Sozialamt regelmäßig ihr Bemühen um Arbeit nachweisen müssen, obwohl es keine gibt;
- Die Zumutbarkeitsanordnung spielt in der Sozialhilfe schon lange keine Rolle mehr und ist nun auch bei der Arbeitslosenhilfe abgeschafft....
- Die Beschäftigungsträger verrichten zunehmend kommunale Aufgaben und zahlen dabei einen Lohn von nur 2,5 DM/Std. zusätzlich zur Sozialhilfe;
- Krista Sager begründet am 7.11.97 auf der Mitgliederversammlung ihren Wunsch nach tarifrechtlichen Öffnungsklauseln nach unten für Jungerwachsene damit, daß "es doch besser sei, als wenn sie auf der Straße rumhängen würden".

(....)

Die größte Gefahr liegt m.E. in der gleichzeitigen kleinräumigen Erfassung von Kriminalität (unter "Inneres" im Koalitionsvertrag) und diversen Sozialindikatoren (unter sozialer Stadtentwicklung), weil bei einem Zusammenlegen der Datensätze eine Grundlage ähnlich der Walthers geschaffen wird.

Die kritische Wissenschaft gibt auf

Habermas machte Anfang der 80er Jahre noch die "Imperative des Kapitalismus", die die "Lebenswelten der Menschen kolonialisieren" verantwortlich für die Desintegration der Gesellschaft und setzte sich dafür ein, sie wieder den Lebensbedürfnissen unterzuordnen. Heute propagiert er nur noch ein Gleichgewicht von System- und Sozialintegration. Zur Erklärung von Kriminalität greift der Hamburger Kriminologe Sebastian Scheerer[xi] zunehmend wieder auf individuelle statt gesellschaftliche Erklärungsmuster zurück und sein Kollege Fritz Sack, orientiert sich am New-Yorker Sicherheitkonzept:

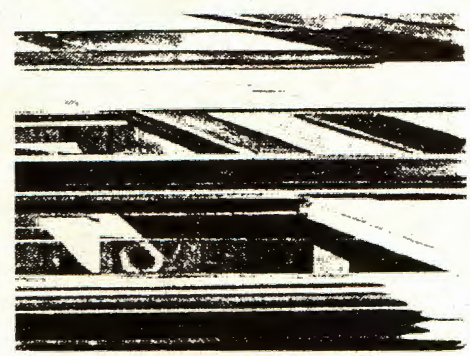
Als erste Untersuchung seines neuen Institutes für Sicherheits- und Präventionsforschung widmet er sich unter dem Titel "objektives und subjektives Sicherheitsempfinden im städtischen Quartier" der Frage, "ob die Sicherheitsphilosophie von drüben (USA) auch in einer Stadt wie Hamburg funktionieren kann".[xii] Er konstatiert heute lieber, daß "die ganze sozialstaatlich organisierte Kriminalpolitik gescheitert ist", statt wie bisher den Konstruktionscharakter von Kriminalität herauszustellen und gesellschaftliche Verursachungszusammenhänge zu benennen. "Es hilft nichts - die Polizei muß ran. (... Sie) soll enger mit den Bürgern zusammenarbeiten."

Wenn die TU Harburg nach dem Wahlkampf- und Presseschlager "Sicherheit im Schanzenviertel" genau dort eine Untersuchung über die Ursachen von Armutsproblemen im Schanzenviertel macht, stört nur das Signal, hier gäbe es real ein Problem, das wissenschaftlicher Beachtung bedarf.

Daß Sack derzeit aber genau dort das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung erforscht um nach Umsetzungsmöglichkeiten seiner Sicherheitspartnerschaften nach dem New Yorker Modell zu suchen, ohne nach Ursachen zu fragen, ist zuerst ein Armutszeugnis. Schon im Grundstudium lernen angehende SozialwissenschaftlerInnen, daß sich der Untersuchungsgegenstand je nach öffentlicher Aufmerksamkeit in Presse oder Wahlkampf verändert und "objektive" Ergebnisse verhindert. Wer dies wie in diesem Fall nicht berücksichtigt, will entweder unbedingt repressives Vorgehen legitimieren oder seinem Institut die nötige Aufmerksamkeit und Folgeaufträge verschaffen.

Engagierten Menschen aus den Bereichen Antirassismus, Pädagogik, Kriminologie, Soziologie und Politologie und in den benachteiligten Quartieren fällt eine derartige „kritische Kriminologie" auf jeden Fall wissentlich in den Rücken.

Z.K.



[i] Es ist festzustellen, daß die prekäre Haushaltslage mit der die Einsparungen im sozialen Bereich begründet werden, Ergebnis von Verteilungspräferenzen ist und kein Zeichen dafür, daß es volkswirtschaftlich kein Geld gibt. Bei einer anderen Verteilung gesellschaftlichen Reichtums wäre genug da! Zur Vertiefung: Huster, Ernst-Ulrich, (Hg.), "Reichtum in Deutschland" 1993; Schui, Herbert, Spoo, Eckert (Hg.), "Geld ist genug da" 1996

[ii] Krawalle, Crashkids, Vandalismus, Sexuelle und körperliche Gewalt gegenüber Kindern und Frauen, Sucht, Kriminalität, Krankheit, Rechtsradikalismus, Obdachlosigkeit, Öffentliche Erziehung, frühzeitiger Tod, Politikverdrossenheit....

[iii] In: Querstreifen Nr. 4/92

[iv] Ulfert Herlyn "Armut und Milieu" 1991

[v] Pierre Bourdieu: "Die verborgene Mechanismen der Macht" 1992

[vi] vgl. §4.2.2. des Koalitionsvertrages;

[vii] "Neue Wege der Großstadtsanierung" 1936

[viii] vgl. Christiane Rothmaler: "Kehrseiten der Wohlfahrt" 1993; Karl-Heinz-Roth)

[ix] Asylsuchende werden aus dem Sozialhilfegesetz rausdefiniert und für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge werden extra bezirkliche Jugendwohnungen geschaffen, wo sie billiger untergebracht werden dürfen als auf Landesebene

[x] Am 9.10.1991 beschließt die Sozialamtsleiterkonferenz, "Mangelnde Hygiene", "Gleichgültigkeit bei der Arbeitssuche" und "Vernachlässigung des Äußeren" zu Tatbeständen der Arbeitsverweigerung zu definiert. Diese sollen zur Kürzung, ggf. auch Streichung der Hilfe berechtigen. Diese Handhabung der §§ zur Arbeitsverpflichtung wurden vom Senat durch DKS 14/1378 bestätigt.

[xi] Kriminologisches Journal 1997 S.89ff

[xii] Zitate aus Spiegel 32/97

Die Gefahr lauert (nicht) nur auf der Straße

Frauen und Stadt

aus: Arranca!, Nr. 12, Sommer 97

Die Situation von Frauen im öffentlichen Stadtraum ist seit den siebziger Jahren eines der wichtigsten Felder feministischer Politik. Ein Grund dafür liegt in der Tatsache, daß die Teilhabe am öffentlichen Raum sowohl auf der realen als auch auf der symbolischen Ebene die Voraussetzung für eine gleichrangige Partizipation von Männern und Frauen an der Gesellschaft darstellt. Zudem lassen sich hier die Probleme und Einschränkungen von Frauen in der Gesellschaft am deutlichsten sichtbar machen. So beschäftigt sich die feministische Stadtforschung in erster Linie mit zwei Themenkomplexen, der Benachteiligung von Frauen durch infrastrukturelle Gegebenheiten und der Bedrohung durch Männergewalt, der sich Frauen besonders dann ausgesetzt fühlen, wenn sie alleine in der nächtlichen Stadt unterwegs sind.

Sowohl die Frage der Mobilität als auch das Gewaltproblem wurden vor allem von seiten feministischer Stadtplanerinnen und Architektinnen aufgegriffen. Sie nahmen, häufig auch in Arbeitsgruppen und Projekten gemeinsam mit Bewohnerinnen, Analysen des Stadtraumes und seiner Nutzungsmöglichkeiten und -einschränkungen für Frauen vor.[1] Bezüglich der spezifischen Situation von Frauen in ihrem Wohnumfeld haben vor allem us-amerikanische Arbeiten die Problematik ins Blickfeld gerückt, daß die Funktionstrennung der Stadträume den Frauen die Teilhabe an Stadtöffentlichkeit erschwert. Denn infolge dieser Segregation kam es zu einer Verlagerung des (Familien)Wohnraums in die Vororte, eine Entwicklung , die die Isolation von Hausfrauen und ihre Festlegung auf den privaten Raum verstärkte.[2]

Die Frauen-Stadtplanung in der Bundesrepublik konzentriert sich in erster Linie auf die Problematik, daß für viele Frauen Wege zu Fuß und mit öffentlichen Verkehrsmitteln der Alltag sind, während die (männlichen) Planer ihre Anstrengungen auf den Ausbau eines flüssigen Individualverkehrs konzentrieren. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, Fußwege, Einstiege und Treppen für Frauen mit kleinen Kindern und Seniorinnen übersichtlicher und bequemer zu gestalten. Ein weiteres Anliegen ist es, Fußgängerunterführungen durch eine fußgängerfreundlichere Straßenführung umgehbar zu machen oder ganz abzuschaffen.

Hier überschneiden sich die Bemühungen für bessere Zugänglichkeit und mehr Sicherheit von Frauen im Stadtraum. Denn auch diesen zweiten zentralen Bereich einer frauengerechten Stadtpolitik gehen aktive Feministinnen in erster Linie mit stadtplanerischen Maßnahmen an. Häufige Forderungen sind hier das Stutzen von unübersichtlichem Gebüsch sowie eine umfassende Ausleuchtung und Strukturierung von Wegen und Gebäuden, die das Entstehen dunkler Ecken und versteckter Winkel verhindert.

Feministische Stadtpolitik steht wie alle anderen politischen und sozialen Bewegungen immer vor dem Problem, daß sie ihre Forderungen nach konkreten Verbesserungen innerhalb einer bestehenden Politik vorantreiben muß. Wenn es gelingt, den eigenen Argumenten im öffentlichen Diskurs Gehör zu verschaffen, ist dies allerdings möglicherweise kein Etappensieg, sondern erst der Anfang der Schwierigkeiten. Denn gesellschaftsverändernde Ansätze werden schnell in hegemoniale Denkmuster eingebunden und in eine hierarchisierende Politik des Ausschlusses integriert. Die Beschäftigung vor allem mit der Situation von Hausfrauen, Müttern und Seniorinnen im Stadtalltag ermöglicht es zwar, die Probleme der Frauen aufzuzeigen, die am meisten Einschränkungen zu verkraften haben. Sie kann aber gleichzeitig dazu beitragen, daß ein traditionelles Bild von Frausein einmal mehr unhinterfragt verdoppelt wird: Frau ist dann ganz Frau, wenn sie kleine Kinder hat, und danach kommt gleich das Altenteil. Dabei macht selbst bei hausarbeitenden Müttern die Lebenszeit, die sie mit kleinen Kindern verbringen, den kleinsten Teil aus. Und Frauen, die beispielsweise gerne ziellos durch die Stadt streunen, die ausgehen, die die Stadt mit Vergnügen erobern oder als ganz normalen Arbeitsplatz wahrnehmen, finden keine Erwähnung.

Das Umnutzen von linken bzw. emanzipativen Positionen für reaktionäre Diskurse und Weltbilder vollzieht sich auch anhand feministischer Argumente für mehr Sicherheit und Bewegungsfreiheit für Frauen im öffentlichen Stadtraum. So zeichnet sich in der Frauenpolitik auf bundes- und europaweiter wie auch auf kommunalpolitischer Ebene ab, daß sich das Engagement in Zeiten knapper Kassen zumeist auf Diskussionen und Absichtserklärungen beschränkt und die Umsetzung von Maßnahmen mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit der Finanzierung auf unbestimmte Zeit verschoben wird.

Wenn nun das Thematisieren der Benachteiligungen und Ängste von Frauen so gut wie keine konkreten Folgen hat, ist die Frage, welche politischen Interessen sich hinter einer Beschäftigung mit diesem Problemfeld verbergen. Zuerst einmal handelt es sich hier um symbolische Politik im schlechtesten Sinne, die tatsächliche Veränderungen durch guten Willen und das (leere) Bekenntnis zur Handlungsbereitschaft ersetzt. Darüber hinaus hat die Diskussion um die Sicherheit von Frauen im Stadtraum aber noch eine weitere Funktion. Denn Frauenpolitik ist neben Sozialpolitik immer auch Sicherheitspolitik. Somit fügt sich die Beschäftigung mit Bedrohungsgefühlen von Frauen im öffentlichen Stadtraum nahtlos



in den Diskurs um Kriminalität und Innere Sicherheit ein. Dieser Diskurs ist ein zentrales Thema parteipolitischer Auseinandersetzungen und nimmt auch in den Medien breiten Raum ein.

Bis Anfang 1995 stützten sich die Argumente für eine repressive Sicherheitspolitik auf einen angeblich explosionsartigen Anstieg der statistisch erfaßten Fälle von Kriminalität. Dies ist nicht nur deshalb problematisch, weil »Kriminalität« ein politisch verhandelbarer und dehnbarer Begriff ist, der alles vom Automatenaufbruch über Wirtschafts- und Umweltdelikte bis zu Verstößen gegen die sogenannten Ausländergesetze umfaßt, im Alltagsverständnis aber zumeist mit »Gewalt«, d.h. mit konkreten Angriffen auf Leib, Leben und Geld gleichgesetzt wird. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit der Anstieg der Kriminalitätszahlen nicht auch ein Phänomen ist, das sich in gewissem Umfang auf eine Zunahme der Bereitschaft, eine Anzeige zu machen, zurückführen läßt.

Nachdem die Statistiken jedoch für 1994 ein Absinken der erfaßten Fälle belegten, bleibt außer der Bedrohung der Gesellschaft durch organisierte Kriminalität nicht mehr viel übrig, um eine repressive Sicherheitspolitik und eine umfassende Überwachung durchzusetzen außer – der Angst der Frauen. Nun wäre einzuwenden, daß Frauen im öffentlichen Kriminalitätsdiskurs zumeist überhaupt nicht auftauchen. Dies trifft für die groß angelegten Rundumschläge der Titelstorys von Wochenzeitungen wie »Die Woche«, »Der Spiegel« oder »Der Stern« zu, die Kriminalität zur umfassenden Bedrohung der Gesellschaft stiliseren. Doch die in den überregionalen Zeitungen und Zeitschriften skizzierten Szenarien werden in der Lokalpresse durch Meldungen aus dem Polizeibericht in das konkrete Wohnumfeld der LeserInnen übertragen und scheinen die unablässige Bedrohung der BürgerInnen im Stadtalltag zu bestätigen. Während jedoch hier Raubüberfälle auf Männer zumeist nur eines kurzen Berichts für wert befunden werden, sind Angriffe auf Frauen schlagzeilenträchtig. Derlei Einzelbeispiele legitimieren nicht nur die Kriminalitätsdebatte, sondern stellen in diesem Kontext auch die Bewegungsfreiheit von Frauen in der Stadt grundsätzlich infrage. Überfälle auf Frauen werden zudem immer dann zitiert, wenn es darum geht, die Dringlichkeit von Sicherheitsmaßnahmen im Stadtraum zu unterstreichen. Mit der Forderung nach mehr 'Sicherheit', die in diesem Zusammenhang gebetsmühlenartig wiederholt wird, sind grundsätzlich schärfere Gesetze und der verstärkte Einsatz von Polizei gemeint.

Mit dem Ruf nach dem starken Arm des Gesetzes zum Schutz von Frauen geraten aber nicht nur feministische Forderungen ins Kielwasser einer repressiven und reaktionären Politik, er dürfte zudem für viele NutzerInnen des öffentlichen Raums zu einer weiteren (Selbst-)Beschränkung ihrer Stadtnutzung führen. Denn es wird zumeist übersehen, daß die Präsenz von Polizei selbst dazu beiträgt, Räume überhaupt erst als potentiell gefährlich erscheinen zu lassen, was Sabine Grimm mit dem Begriff der »*Mythisierung gefährlicher Orte*« auf den Punkt bringt. Für marginalisierte Gruppen wie z.B. Ausländerinnen, d.h. für Frauen, die über Hautfarbe und/oder Kleidung als solche identifiziert werden und schlecht deutsch sprechen, ergeben sich durch diese Maßnahmen noch unvergleichlich heftigere Auswirkungen. Sie haben zusätzlich zu den genannten geschlechtsspezifischen Angriffen unter dem alltäglichen Rassismus zu leiden, der von Unfreundlichkeit über Anpöbeln bis hin zu Handgreiflichkeiten reicht. Bezeichnenderweise berichteten die im Rahmen eines Forschungsprojektes zu Frauen im Stadtraum Stuttgart befragten Türkinnen zwar von solchen Vorkommnissen, aber fast mehr noch als diese fürchteten sie die deutsche Polizei. Sie erzählten von zahlreichen Konflikten mit der Polizei, bei denen ihnen Unrecht getan worden sei. Die Folge davon ist, daß sie große Angst haben, in der Stadt in irgendeiner Weise von der Polizei angegangen zu werden, und sich ihr Vermeideverhalten, sprich ihre Bestrebungen, möglichst nicht alleine unterwegs sein zu müssen, durch eine höhere Präsenz von Uniformierten eher noch verstärkt. Dies wird dann von deutscher Seite häufig wieder als Zeichen kultureller Differenz gedeutet: Wenn also türkische Frauen ungern alleine in die Stadt gehen, scheint dies das Stereotyp der unselbständigen und von männlichen Angehörigen überwachten (muslimischen) Ausländerin zu bestätigen.

Vor allem zeigt sich aber an diesem Beispiel, inwieweit eine verschärfte Kontrolle des öffentlichen Stadtraums vor allem für marginalisierte soziale Gruppen nicht zu

größerer Sicherheit, sondern im Gegenteil zu einer massiven Verunsicherung führen kann. Vor diesem Hintergrund fügt sich auch die verstärkte Polizeipräsenz zum Schutze der (deutschen) Frau in den Komplex von Diskriminierung von und Repression gegen AusländerInnen ein.

Zudem entstehen die Unsicherheitsgefühle von Frauen in den allerwenigsten Fällen aus Stadterfahrungen, die einen gesetzlichen Strafbestand darstellen. Zumeist sind es ganz alltägliche männliche Verhaltensweisen wie (verbale) Anmache, Anpöbeleien, Hinterhergehen oder -pfeifen, die den Frauen ihr potentielles Bedrohtsein im öffentlichen Stadtraum ständig ins Bewußtsein rufen. Die Interpretation solcher Erfahrungen als Beleg für die Berechtigung von Ängsten und Befürchtungen läßt sich jedoch nicht damit erklären, daß jede Anmache eine versuchte Vergewaltigung ist. Belästigungen sind vielfach eher ein Machtspiel, das erst vor dem Hintergrund der Ängste von Frauen überhaupt seine Wirksamkeit entfaltet. Diese Bedrohungsgefühle entstehen also nicht allein vor dem Hintergrund des tatsächlichen Vorfalls, sondern sind in Zusammenhang mit der geschlechtsspezifischen Sozialisation von Frauen erklärbar, die sich als Erziehung zur Furchtsamkeit beschreiben läßt. Die Warnungen vor dem bösen fremden Mann beginnen schon in der Kindheit und setzen sich später in besorgten Äußerungen von Freunden und Partnern fort. Dabei bleibt die Tatsache außen vor, daß Vergewaltigungen zum ganz überwiegenden Teil in privaten Räumen stattfinden und die Täter zumeist Bekannte oder Verwandte sind. Sie wird sowohl von der Öffentlichkeit als auch von den Frauen selbst weitgehend ignoriert.

Vor diesem Hintergrund werden die Anstrengungen von Stadtplanerinnen und Architektinnen fraglich, die die Ängste der Frauen vor dem (nächtlichen) Stadtraum durch eine übersichtliche Stadtgestaltung in den Griff zu bekommen versuchen.

Denn solche Maßnahmen geben zwar möglicherweise vordergründig ein größeres Sicherheitsgefühl. Sie gehen aber an den wesentlichen Ursachen für Furcht und Verunsicherung vorbei und sind somit als symbolische Politik zu bewerten. Zudem ist es illusorisch und auch nicht wünschenswert, alle Straßen, Plätze und Winkel auszuleuchten, übersichtlich zu gestalten und kontrollierbar zu machen, denn solche Bestrebungen laufen letzten Endes auf das Bild einer total überwachten Stadt hinaus, in der jegliches Handeln der Individuen reguliert und kontrolliert werden kann.

In der Folge finden sich VertreterInnen einer frauenfreundlicheren Stadt schnell als Handlanger im Lager repressiver SicherheitspolitikerInnen wieder, nicht zuletzt vielleicht auch deswegen, weil schnelle, technische Lösungen kurzfristig befriedigender erscheinen als die Erkenntnis, daß die Ängste von Frauen ein strukturelles Problem darstellen, das sich nicht einfach durch Zuweisung staatlicher und städtischer Etats beheben läßt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Maßnahmen zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls, und das gilt sowohl für die Vorschläge von PolitikerInnen und städtischen Verwaltungen als auch für einen Großteil der konkreten Forderungen von aktiven Feministinnen, zumeist an den Ursachen für die Unsicherheit und Furcht von Frauen im Stadtraum vorbeizielen. Denn anstatt sich mit den Gewaltstrukturen im Verhältnis zwischen den Geschlechtern auseinanderzusetzen, erschöpfen sich die Diskussionen in einer nachgerade technizistischen Symptombekämpfung. Problematisch ist dies vor allem deswegen, weil sich diese (Schein)-Lösungen zum einen auf die tatsächlichen Ängste von Frauen berufen können, zum anderen aber mit einem patriarchalen Bild von der passiven Frau als zu beschützendem »Gut« operieren und daraus ihre moralische Handlungsfähigkeit beziehen. Ein Sicherheitsdiskurs, der die Komplexität der Gründe für die Furcht von Frauen ignoriert, verdoppelt nur bestehende Hierarchisierungen und fördert zudem möglicherweise eine weitere Ausgrenzung ohnehin bereits ausgegrenzter und diskriminierter Gruppen.

Frauen haben viele berechtigte Gründe, Angst zu haben, aber den Ursachen dieser Angst ist nicht mit polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen beizukommen. Demnach hilft es Feministinnen nichts, auf Beleuchtung und gestutzte Büsche zu setzen oder sich für den Diskurs der Inneren Sicherheit in Dienst nehmen zu lassen. Dies trägt möglicherweise im Gegenteil noch zu einer Verschärfung von Einschränkungen -nicht nur- aber auch für Frauen selbst bei.

Diese Dynamik der Retorsion, d.h. der Umstülpung und Umwertung gesellschaftsverändernder Ansätze innerhalb des hegemonialen Kontexts, ist vielleicht bis zu einem gewissen Grad immer der Preis dafür, sich nicht mit Analysen zu begnügen, sondern den Versuch einer Umsetzung von politischen Zielen zu wagen. Die Konsequenz daraus kann aber nicht lauten, diese Vereinnahmung als unabwendbares Übel zu akzeptieren. Vielmehr geht es darum, konkrete Ziele mit den gesellschaftlichen Bedingungen, die sie notwendig machen, in Verbindung zu setzen und auch immer wieder das paradox und unmöglich Erscheinende zu fordern. Denn der Ruf nach Frauenparkplätzen trägt vielleicht weniger zu einer Bewußtseinsbildung über die Benachteiligung von Frauen bei als beispielsweise der Vorschlag eines nächtlichen Ausgehverbots für Männer ...

1 Als wichtigste Organisation ist hier die FOPA, eine Frauenorganisation von Planerinnen und Architektinnen zu nennen, die auch eine eigene Zeitschrift, »Freiräume«, herausgibt.

2 Boys, Jos: *Matrix. Making Space. Women and made Environment.* London/Sydney 1984.

Videocafe „Flimmern und Rauschen"

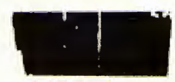
15. 03.

„Wir sind schon da"
Ein Film über die Sans-Papier
Seit ihrem Entstehen im März 1996 kämpft die Organisation der „Sans Papiers" mit ihren mehr als 20 Kollektiven in ganz Frankreich für die Legalisierung der Illegalisierten.
In diesem Video erzählen 5 Frauen der „Sans Papiers" von der Entstehungsgeschichte und den Hintergründen der Rolle der Frauen in der Bewegung und der Organisierung der Frauen innerhalb der Sans Papiers.
Frauen/Lesben Film Collectif
Berlin 1997

22. 03.98

„Das unmittelbar Sichtbare zeigt nie die ganze Wahrheit"
Diavortrag zu Ausgrenzung und staatlicher Vertreibungspolitik in Zürich
Die Züricher Gruppe versucht, mit ihren Bildern hinter die Fassade repressiver Maßnahmen vor allem in der Stadt Zürich zu schauen und betrachtet im Schwerpunkt die Ausmaße rassistischer Hetze, die Verknüpfung von Zwangsmaßnahmen, und Jagd auf KonsumentInnen illegaler Drogen.

ab 16 Uhr Café
Veranstaltungsbeginn
jeweils 17.30 Uhr in der Vokü der Roten Flora



Vorbemerkung zur DHKP-C

Wir veröffentlichen im folgenden einen Text, der sich um die (vor allem militärischen) Auseinandersetzungen mit der DHKP-C dreht. Der Text erscheint auf den ersten Blick etwas „speziell". Er wirft jedoch die Frage auf, wie eine Szenestruktur mit einer Gruppierung umgehen soll, die GenossInnen aktuell mit dem Tode bedrohen, also eine Eskalationsstufe in der (dann nur noch) militärischen Auseinandersetzung suchen (und eine politische auch gar nicht mehr anstreben), die unserer nicht mehr entspricht.
Das Treffen, das am Ende des Textes vorgeschlagen wird, hat bereits stattgefunden, wobei wir nicht wissen, was sich dort ergeben hat.

Probleme der Gruppe „Roter Aufbruch" mit der DHKP-C

Bei der Vor- und Nachbereitung zur Demonstration für die „Freiheit der politischen Gefangenen weltweit" in Hamburg (März 97) kam es zu Spannungen zwischen uns und VertreterInnen der DHKP-C. 1992 hat sich die Organisation Devrimci Sol gespalten. Ein Teil nennt sich heute weiterhin Devrimci Sol, der andere DHKP-C. Seit 1992 hat die Spaltung mehrere Todesopfer und zahlreiche Verletzte gefordert. Gerade in Hamburg eskalierte die Auseinandersetzung 1997 in mehreren Schießereien.
Auf der Demonstration anläßlich der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch deutsche Offiziere spitzten sich die Spannungen unserer Gruppe mit der DHKP-C zu. Eine Genossin vom Roten Aufbruch verteilte beim Abmarschort antirassistische Flugblätter. Sie wurde von Anhängern der DHKP-C erkannt. Fünf DHKP-C'ler versuchten sie festzuhalten, es gelang ihr aber wegzukommen. Ein DHKP-C'ler folgte ihr, erreichte unsere Genossin aber erst, als sie sich wieder in einer größeren Gruppe befand.
Der DHKP-C'ler rief unserer Genossin zu: "Wenn wir dich alleine kriegen, hast du kein Lebensrecht mehr.", hat sie also mit dem Tod bedroht.
Im Verlauf der Demonstration begleiteten uns in Zivilbullenmanier ständig zwei DHKP-C'ler. Sie zeigtenihren Leuten, die uns nicht kannten unsere Gruppe. Zwei DHKP-C-Frauen schmuggelten sich zwei Ketten hinter uns in die Demo, um rauszukriegen, wieviele wir sind. Deshalb gehen wir davon aus, daß sie die ganze Zeit auf eine günstige Gelegenheit gewartet haben, uns anzugreifen.
Wir nehmen die Drohung gegen unsere Genossin sehr ernst. Es hat in den Auseinandersetzungen nach der Spaltung von Devrimci Sol zahlreiche Schießereien und Morde gegeben. Einer der DHKP-C'ler in Berlin war der Wortführer auf dem Vorbereitungstreffen zur Gefangenendemo im März 97 in Hamburg (siehe unten).
Wir wissen aber auch, daß häufig Leute durch die DHKP-C bedroht werden, um ein Klima der Angst zu schaffen, sehen also auch die Möglichkeit, daß es sich „nur" um einen Einschüchterungsversuch handelt.
Die DHKP-C ist so geschmacklos, eine Kommunistin auf einer Gedenkdemonstration für ermordete KommunistInnen mit dem Tod zu bedrohen. Neben dieser Ungeheuerlichkeit führte dies dazu, daß etwa die Hälfte der DHKP-C'lerInnen damit beschäftigt war, uns abzuchecken und sich nicht etwa inhaltlich an der Demo zu beteiligen oder Polizeiangriffe abzuwehren.
Wir gehen davon aus, daß Gewalt für Revolutionäre ein Mittel zur Bekämpfung des Klassenfeindes ist und nichts innerhalb der Linken zu suchen hat. Diskussion, Streit und unterschiedliche Auffassungen sollten gerade in der heutigen Situation der Krise und Schwäche der radikalen Linken, solidarisch ausgetragen werden. Die richtigen Positionen werden sich durchsetzen, weil sie richtig sind und nicht, weil der Baseballschläger oder die Waffe besser war.



Was ist der Hintergrund unserer Probleme?

Die Gefangenen-Demonstation vom März 97 wurde von ca. 20 Gruppen organisiert, unter ihnen auch von Anfang an Devrimci Sol Gücler. Auf dem letzten Vorbereitungstreffen war auch die DHKP-C anwesend und hat die Forderung gestellt, daß Dev. Sol Gücler aus der Demonstration ausgeschlossen werden solle, da es sich hierbei um eine konterrevolutionäre Gruppe handle. Sollte dies nicht geschehen, kam die Ankündigung an der Demonstration teilzunehmen und „mit Konterrevolutionären so umzugehen, wie wir es immmer tun". Es wurde in der Vorbereitung versucht, in einer Diskussion zu erreichen, daß beide Gruppen eine Zusage geben, daß von ihr keine Angriffe laufen werden und es wurde beiden gesagt, daß dann eine Teilnahme an der Demonstration in Ordnung sei.
Devrimci Sol Gücler gab auf dem Treffen die Zusage, keine Angriffe zu starten, die DHKP-C wollte eine solche Zusage nicht geben und bestand auf der Forderung Devrimci Sol Gücler dürfe nicht an der Demonstration teilnehmen.
Für uns, die an der Vorbereitung der Demonstration beteiligt waren, herrschte nun eine unklare Situation. Wie wir schon auf den Vorbereitungstreffen erklärten, war es unser wichtigstes Ziel, daß die Forderung nach Freiheit der politischen Gefangenen weltweit nicht durch interne Auseinandersetzungen überdeckt wird. Deshalb haben wir uns zu folgender Vorgehensweise entschlossen:
Im Vorfeld versuchen Leute aus der Demovorbereitung mit der DHKP-C zu reden, was kurz vor der Demo dazu führte, daß die DHKP-C nicht an der Demo teilnahm. Wäre es auf der Demo zu Auseinandersetzungen gekommen, hätte unsere Gruppe ein Flugblatt verteilt, welches aus unserer Sicht, über den Hintergrund der Spaltung von Devrimci Sol informiert und die Forderung nach einer Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzung aufstellt. Den Entwurf für das Flugblatt stellten wir auf dem letzten Vorbereitungstreffen der Demonstration vor und erklärten, daß es nur dann verteilt werden wird, wenn es zu Auseinandersetzungen kommt. Aufgrund unserer Zusammenarbeit mit Devrimci Sol Gücler, unseres Wissens über die Gründe

der Spaltung und den Erfahrungen vieler unserer Freunde mit Angriffen durch die DHKP-C. war dieses Flugblatt für Devrimci Sol parteiisch.
Die DHKP-C hat diesen Entwurf irgendwoher bekommen und hat uns dann bei der Nachbereitung in der Brigittenstraße zu einer Diskussion aufgefordert, der wir uns stellten, die aber nach wenigen Sätzen von der DHKP-C abgebrochen wurde. Sie haben uns vorgeworfen, daß wir nur eine Seite darstellen und die Positionen der „Konterrevolutionäre" übernehmen. Beri diesem Treffen zeigten sie besonderes Interesse an zwei Personen aus unserer Gruppe, von denen sie wissen, daß diese schon lange freundschaftliche Beziehungen zu Devrimci Sol haben, eine von beiden ist die Genossin, die in Berlin bedroht wure.
Bereits 1997 gab es zwei Vorfälle: Einige Wochen nach der Gefangenendemo wurde ein Genosse vom Roten Aufbruch von einer Gruppe DHKP-C Anhänger beim Bahnhof Altona beschimpft und bedroht. Auf der Demonstration gegen den Einmarsch der Türkei im Irak wurde dieser Genosse erneut bedroht. Die DHKP-C'ler forderten ihn auf, die Demonstration zu verlassen, weil wir mit „Konterrevolutionären" zusammenarbeiten würden und deshalb nicht demonstrieren dürfen. Nach einem Wortwechsel eskalierte die Situation aber nicht.

Was tun?

Der Konflikt innerhalb von Devrimci Sol hat viel Schaden für die türkische und kurdische Linke angerichtet. Die Spaltung ist nun über fünf Jahre her. Reagierten anfangs noch viele türkische und kurdische Gruppen mit Resolutionen, die zur Beilegung der Auseinandersetzung aufriefen, wird heute nicht mehr politisch auf diesen Konflikt reagiert. Wir halten dies für einen Fehler, auch weil durch die Auseinandersetzung das Ansehen aller linken türkischen und kurdischen Gruppen immer schlechter wird.
Wir fänden es gut, wenn Organisationen wie PKK, TKP/ML, MLKP, KKP und andere, auf lokaler und zentraler Ebene erneute Versuche unternehmen würden, um die Auseinandersetzungen zwischen Devrimci Sol und der DHKP-C von der militärischen auf die politische Ebene zurückzuführen.
Der Rote Aufbruch ist eine Gruppe, die versucht, in der Hamburger Linken politische Initiativen zu organisieren. Mit welchen Kräften wir dabei zusammenarbeiten ist unsere politische Entscheidung. Wir haben weder die Möglichkeit noch das Interesse eine Konfrontation mit der DHKP-C einzugehen.
Wir denken, daß es gemeinsame Aufgabe der Linken ist, auf die DHKP-C einzuwirken, ihren Konfrontationskurs gegen GenossInnen aus den Roten Aufbruch aufzugeben und die Morddrohung gegen unsere Genossin zurückzunehmen. Wir würden es begrüßen, diese Initiative mit der Forderung nach Beendigung der gewaltsamen Auseinandersezung zwischen DHKP-C und Devrimci Sol zu verbinden.

Solidarische Grüße
Roter Aufbruch, 20. Januar 1998



Karawane

Die vom „Internationalen Menschenrechtsverein Bremen" (IMRV) vorgeschlagene „Bundesweite Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen" (s.a. Zeck 66/Feb. 1998) wurde auf dem Bundesweiten Treffen der Kampagne „Kein Mensch ist illegal" vom 17.-18.1.1998 in Göttingen in zwei Workshops diskutiert und weiter geplant.
Ein Leitmotiv des Projekts „Karawane" besteht in dem Versuch eine kontinuierliche Interaktion zu entfalten, deren größte Aufgabe darin besteht, alle vom Rassismus betroffenen und angegriffenen Menschen zusammenzubringen und sprechen zu lassen.
So besteht ein Anliegen der Karawane darin, während der Mobilisierung Flüchtlinge, MigrantInnen, Kirchengemeinden, Antirassistische Gruppen etc. miteinander in Verbindung zu bringen. Einerseits sollen in der Mobilisierungsphase in Flüchtlingslagern Aufrufe zur Karawane verteilt werden, andrerseits bietet der IMRV an, die lokalen antirassistischen Gruppen mit den tamilischen, türkischen und kurdischen Organisationen, die bisher zugesagt haben, zusammenzubringen.
Die Karawane will in allererster Linie Flüchtlinge und MigrantInnen zu Wort kommen lassen. Sie sollen sich mit der Karawane identifizieren können und sie letztendlich tragen. In diesem Zusammenhang wurde auf dem Vorbereitungstreffen auch der Slogan „Kein Mensch ist illegal" diskutiert. Um nicht den Eindruck zu erwecken, daß sich alles auf Abschiebung konzentriere und andere Belange von Flüchtlingen und MigrantInnen zweitrangig wären, wurde dafür plädiert, die Anliegen der Kampagne nicht unter einem einzigen Slogan zu komprimieren. So sollen auch verschiedene Flugblätter gemacht werden, die auch die Lage in den einzelnen Verfolgerstaaten thematisieren.
Inzwischen gibt es aus verschiedenen Städten Zusagen für die Teilnahme an der Karawane, teilweise auch mit Ideen für Aktionen an lokalen Abschiebeknästen, am Frankfurter Flughafen sowie die Dokumentation der Karawane durch ein Kamerateam.
Die Karawane sollte nicht nur die großen Städte einbeziehen, sondern dorthin, wo Flüchtlinge und MigrantInnen leben (müssen), das heißt eben gerade auch zu Zasten (Zentrale Aufnahmestellen) und Lagern auf dem platten Land.
Der nächste Schritt der Vorbereitung soll in einer Rundreise bestehen, um mit interessierten Flüchtlings- und MigrantInnengruppen, Antirassistischen Gruppen, Kirchengemeinden etc. in Kontakt zu treten und zu diskutieren.
Aus dem Protokoll des bundesweiten Treffens der AG „Karawane"

Mackenrode: Prozeß ab 15.April in Göttingen

Ab dem 15.4.98 kommt es vor dem Landgericht Göttingen zu einem Prozeß gegen fünf Linke, denen vorgeworfen wird, am 26.10.91 - vor mehr als sechs Jahren - in Mackenrode an Auseinandersetzungen mit Nazis aus dem Umfeld des damaligen FAP-Funktionärs Karl Polacek beteiligt gewesen zu sein.
An jenem Abend waren wie so oft aus Göttingen und anderen Städten ca. 30 Nazis bei Polacek zusammengekommen. Um den Faschos klar zu machen, daß sie hier (und anderswo) unerwünscht sind, kam es von antifaschistischer Seite zu einer Spontan-Demo zum Versammlungsort. Die ca. 50 DemonstrantInnen wurden von den aus dem Haus stürmenden Nazis sofort angegriffen, so daß es zu einer ca. 20 minütigen Auseinandersetzung kam, in deren Verlauf vier Nazis schwerer und einige leicht verletzt wurden. Nach der Aktion stellten die Bullen, die in der weiteren Umgebung Mackenrodes Straßensperren errichtet hatten, willkürlich die Personalien von 15 Menschen fest.

Vorgeschichte und Hintergrund

Seit 1983 unterhielt Polacek, ehemals NPD-Mitglied, in seinem Haus in Mackenrode einen Treffpunkt für Nazis. Ab Funktionalisierung der FAP als Nachfolge-Partei der verbotenen ANS/NA (Aktionsfront nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten, M.Kühnen) diente das Haus u.a. als deren Schulungszentrum, sowie als Anlaufpunkt für von Polacek rekrutierte Jugendliche. Mackenrode war der Kristallisationspunkt v.a. der militanten rechtsextremen Szene in Südniedersachsen. Von hier gingen zahllose Übergriffe und Aufmärsche der Nazis aus.
Gerade in den Jahren 90/91 war bundesweit eine rechte Aufbruchsstimmung zu spüren. Nach dem chauvinistischen Wiedervereinigungstaumel wurde das reaktionäre Rollback der „geistig-moralischen" Wende forciert. Im September 91 hatten Nazis unter dem Beifall und der Mithilfe von Teilen der Bevölkerung in Hoyerswerda das erste Pogrom innerhalb der BRD angezettelt Der gesellschaftliche Rechtsruck sowie die offene Duldung, mitunter sogar Unterstützung rassistischer Gewalt und rechter Propaganda durch die Staatsgewalt bedeuteten eine faktische Sanktionierung der Vorkomnisse. Auch in Göttingen fallen in diese Zeit zahlreiche Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte.
Aktiv wurden Staatsschutz und Bullen erst, und dies nur widerwillig, als der internationale Druck, endlich gegen den aufkeimenden Rechtsextremismus vorzugehen, wuchs. Ganz anders das Verhalten gegenüber der Antifa-Selbsthilfe. Wo immer sich in der BRD konsequenter Antifa-Widerstand regte, der auch militante Aktionen beinhaltete, setzte massive Verfolgung und Kriminalisierung ein, weil die Herrschenden ihr Gewaltmonopol in Frage gestellt sahen.
In Göttingen war es unter anderem durch militante Aktionen gelungen, das offene Auftreten von Nazis weitgehend einzudämmen und auch ihre Schlupfwinkel weniger sicher zu machen. Selbst die Ausweisung Polaceks im Frühjahr 92 ist v.a. auf die beharrliche Antifa-Arbeit zurückzuführen.
Die Auseinandersetzungen in Mackenrode am 26.10.91 und die Behinderung einer Arbeitstagung des rechtsextremen „Studentenbundes Schlesien" zum Thema „Beobachtung und Bekämpfung autonomer Antifas" durch AntifaschistInnen in Bursfelde nahm der Staatsschutz zum Anlaß die große Kriminalisierungskeule zu schwingen und die gesamte Göttinger Antifa-Szene auszuleuchten. Möglich wurde dies, als sich das LKA einschaltete und nach §129/a (Bildung, bzw. Unterstützung einer kriminellen/terroristischen Vereinigung) ermittelte, nachdem den 15 (am 26.10.91) in den Straßensperren kontrollierten Menschen 52 (!) Anschläge der zurückliegenden zehn Jahre vorgeworfen wurde. Die BekennerInnenschreiben zu Bursfelde und Mackenrode wurden als Anlaß genommen, gegen die Göttinger Gruppe „Antifa(M)" und die „Antifa Jugendfront" zu ermitteln sowie die „Antifa(M)" zur terroristischen Vereinigung hochzustilisieren.
LKA'ler rannten mit „Lichtbildmappen" zu allen bekannten Göttinger Nazis und forderten sie auf, die ihnen bekannten Antifas zu identifizieren und nach ihrer vermeintlichen Funktion einzustufen. Desweiteren rollte eine in diesen Dimensionen in Göttingen bisher unbekannte Überwachungs- und Ausspionierungswelle an: Post- und Telefonüberwachung, Einsatz von Video und Richtmikrofonen, Überwachung von MitbewohnerInnen, NachbarInnen, FreundInnen und Bekannten der „Verdächtigen". Über 100.000 (!) Telefonate wurden abgehört.
Vorläufiges Ergebnis dieser umfassenden Überwachung waren das mittlerweile eingestellte Antifa(M)-Verfahren, ein Verfahren gegen die BetreiberInnen des Buchladens Rote Straße wegen des Vertriebs „verfassungsfeindlicher" Schriften und das Verfahren wegen Mackenrode.

Zum jetzigen Verfahren

Den fünf Angeklagten - vier Männer und eine Frau - werden Landfriedensbruch, schwere Körperverletzung sowie in jeweils einem Fall versuchte Brandstiftung bzw. versuchter Totschlag vorgeworfen. Die Anklage stützt sich ausschließlich auf die Aussagen von drei Nazis, die aus den ihnen vom LKA vorgelegten „Lichtbildmappen" zunächst elf Leute „identifizierten", die sie trotz Vermummung am 26.10.91 erkannt haben wollen. Die frechen Lügen der Faschos bei diversen Vernehmungen legen den Schluß nahe, daß die BeamtInnen des BKA erheblich geholfen haben ihre Aussagen so zu präzisieren, daß sich letztlich die fünf nunmehr Angeklagten als Hauptverdächtige des Mackenrode-Verfahrens herauskristallisierten.
Die Liste der Nazi-Zeugen:
Thorsten Heise, Landesvorsitzender der (mittlerweilen verbotenen) FAP, hat versucht mit seinem Wagen einen Flüchtling zu überfahren und ist wegen diverser Körperverletzungen verurteilt worden;
Michael Homeister, damals aktives FAP-Mitglied, Kroatien-Söldner, Waffenschmuggler, saß zuletzt in der JVA Wolfenbüttel wegen diverser schwerer Gewalttaten;
Stefan Koller, ehemaliger Leiter des Referats Propaganda der FAP, mehrfach verurteilt.
Mit **Stefan Bliesmer**, damals Schatzmeister der FAP-Niedersachsen sowie Mitglied in der Wiking-Jugend und Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener (HNG), und **Glenn Goertz**, ehemaliger FAP-Bundesgeschäftsführer, stehen zwei weitere überregionale Nazigrößen auf der Zeugenliste.
Weiteres Beweis- oder Belastungsmaterial existiert nicht!

Dennoch ist trotz der ganzen Abstrusität des Verfahrens eine Verurteilung nicht (nie!) ausgeschlossen, zumal dieser Prozeß die letzte Möglichkeit bietet, den immensen Verfolgungsaufwand gegenüber der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Wir wollen den Prozeß nutzen, um auf all das aufmerksam zu machen, um die Geschichte des antifaschistischen Widerstandes in und um Göttingen zu erzählen und um den Menschen Mut zu machen, ihren Teil dazu beizutragen
Widerstand ist nicht kriminell, sondern notwendig! (manchmal ist auch einfach Kriminelles notwendig., d.setzer)

Spenden zur Unterstützung des Prozesses bitte auf folgendes Konto:
A. Goldau, Kto.Nr. 415672-203, BLZ 25010030, Postbank Hannover

(gekürzt und zusammengestellt aus: göttinger Drucksache Nr.294)

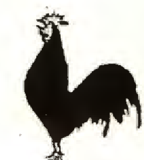


Schwarzer Hahn
Lensian

Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung
- Übernachtung 15,--/ 18,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen, großer Innenhof
-

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 05843/241
Fax: 05843/1413
e-mail: schwarzer-hahn@t-online.de





BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL
c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK
SCHULTERBLATT 55
20357 HAMBURG
TEL 040/4300808
FAX 040/4301637

KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHANZENSTRASSE 59
20357 HAMBURG
TEL 040/4300888
SPIELE 040/4396832
FAX 040/433811

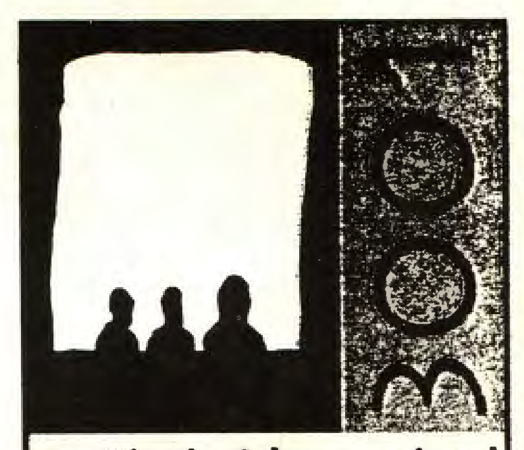
Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30 – 18.30 Samstag 10.00 – 14.00 Uhr



Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR
UNTER EINEM ANDEREN STERN
Rundstücken NACH LANGER NACHT
Spätstücken



im FRITZ BAUCH



Das Kino im Schanzenviertel
Vorstellungen um
16.00 + 18.00 + 20.30 + 22.30 Uhr
Schanzenstraße 75, im Hof
Telefon 040/43 76 79
U/S-Bahn Sternschanze

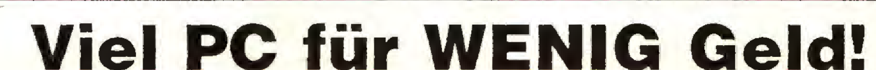
KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-
Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00





Bücher, Broschüren und Archiv zu folgenden Themen:
- Feminismus • Antifaschismus
- Internationalismus • Europa
- Umstrukturierung • Rassismus und Anti-Rassismus • Patriarchat
- Knast und Repression • Anarchismus
- Kommunismus • Anti-AKW
- aktuelle Infos

Buch- und Infoladen
Schwarzmarkt
Kl. Schäfer... 20357 HH
fon:040.446... Fax:040.4108122

Mo., Mi., Fr., von 14.00 - 19.30 Uhr
Sa., 12.00 - 15.00 Uhr Jugendtag

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

what´s cool

march 98

rote flora

donnerstag 05. märz	reunion latina 21.00 uhr
freitag 06. märz	epiccenter 22.00 uhr (basement) bewährter roots-dancehall
samstag 07. märz	passierzettel plus gäste 21.00 uhr konzert
sonntag 08. märz	club der kulturell verunsicherten 22.00 uhr techno
freitag 13. März	vollmond 21.00 uhr veranstaltung mit gleichnamigem orchester
samstag 14. märz	scatter gun (berlin) 21.00 uhr punk, vol. 1
sonntag 15.märz	videocafe „flimmern und plauschen“ präsentiert: „wir sind schon da“ - Ein film über die sans papiers 17. 30 uhr vokü des nächtens: punk vol. 2: ebola, worldchaos, jenninger 21.00 uhr
freitag 20. März	all nizo - benefizparty „visuell overshocking“ 22.00 uhr elektro & breakbeats & house mit spicy pete (high rollers) und babette werdier (rave & cruise) soli zugunsten des ANRRP super 8 filmprojekts mit mehr als 21 millionen bilder in einer nacht
samstag 21. märz	reuzon, kind 22.00 uhr konzert
sonntag 22. märz	„das unmittelbar sichtbare zeigt nie die ganze wahrheit“ diavortrag über ausgrenzung und staatliche vertreibunspolitik von und mit leuten aus zürich 17. 30 uhr vokü
freitag 27. März	kingstep hifi 22.00 uhr viel bass, viel gut
samstag 28. März	rainbow soundsystem 22.00 uhr auch viel bass, auch gut







---

ständige Termine in der roten flora:

montag	17-21 uhr cafe; 18 uhr veranstaltungsgruppe; 18-20 uhr motorradselbsthilfe: 19 uhr 30 vegane vokü
dienstag	16-22 uhr dubcafe
mittwoch	16 uhr 30 bis cafe mit kuchen in der vokü; 17-19 uhr fahhradselbsthilfe;
donnerstag	16-19 uhr archiv der sozialen bewegungen im mer noch im exil (ludwigstra. 13, 1.stock) 17 uhr cafe in der vokü; 19 uhr 30 vokü
samstag	11-15 uhr frühstück; 16-19 uhr fahrradselbsthilfe
sonntag	frauen/lesbenfrühstück 14 tägig ab 11 uhr